

- Beeldende vorming
- Bijzondere beeldende vorming
- Grafische vormgeving
- Industriële kunst
- Ruimtelijke vormgeving
- Toegepaste beeldende kunst
- Vrije beeldende kunst

Groupe 2° :

* discipline arts de la parole :

- Woordkunst-drama

Groupe 3° :

* discipline danse :

- Ballet
- Dans

Groupe 4° :

* discipline musique :

- Bijzondere muzikale vorming
- Muziek

a) pour les deuxième et troisième degrés de l'enseignement secondaire général, y compris la troisième année du troisième degré, organisée sous forme d'une année de préparation à l'enseignement supérieur :

* discipline études classiques :

Toutes les subdivisions structurelles dont le nom comporte au moins une des composantes suivantes : « Grieks », « Latijn ».

* discipline études modernes :

Toutes les subdivisions structurelles qui ne sont pas classées dans la discipline « études classiques ».

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement flamand du 11 juin 2004 modifiant l'arrêté du Gouvernement flamand du 31 juillet 1990 fixant le capital "périodes-professeur" dans l'enseignement secondaire à temps plein

Bruxelles, le 11 juin 2004.

Le Ministre-Président du Gouvernement flamand,
B. SOMERS

La Ministre flamande de l'Enseignement et de la Formation,
M. VANDERPOORTEN

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2004 — 4349

[C — 2004/33080]

19. APRIL 2004 — Dekret über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, die Regierung, sanktionieren es:

TITEL I – Allgemeine Bestimmungen und Anwendungsbereich

Anwendungsbereich

Artikel 1 - Vorliegendes Dekret findet Anwendung auf die Schulen, die Zentren für Teilzeitunterricht und die Internate des Regel- und des Sonderschulwesens sowie die psycho-medizinisch-sozialen Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert, subventioniert oder anerkannt werden.

Personenbezeichnungen, Wohnsitz und ständiger Aufenthaltsort

Art. 2 - Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für beide Geschlechter.

Ein Schüler macht seinen im vorliegenden Dekret angeführten Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort in einer Gemeinde geltend, indem er nachweist, dass er im Fremden-, Warte- oder Bevölkerungsregister der betreffenden Gemeinde eingetragen ist.

TITEL II – Gründung von Grundschulabteilungen mit einer anderen Unterrichtssprache als Deutsch

Gründung von Grundschulabteilungen mit einer anderen Unterrichtssprache als Deutsch

Art. 3 - § 1 - In Abweichung von Artikel 4 § 1 hat jede Gemeinde die Verpflichtung, einer Grundschule angegliederte Kindergarten- oder Primarschulabteilungen zu gründen, in denen Französisch oder Niederländisch Unterrichtssprache ist, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Die Erziehungsberechtigten von mindestens 15 Schülern im Kindergarten oder von mindestens 30 Schülern in der Primarschule stellen einen entsprechenden Antrag, in dem sie auf Ehre und Gewissen erklären, dass ihre Muttersprache Französisch bzw. Niederländisch ist.

2. Die Schüler haben ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort in der betreffenden Gemeinde und finden im deutschen Sprachgebiet in einer Entfernung von vier Kilometern keinen in ihrer Sprache erteilten Unterricht.

§ 2 - Andere Schulträger können eine Kindergarten- bzw. Primarschulabteilung gemäß den in § 1 festgelegten Bedingungen gründen.

§ 3 - Für die in §§ 1 und 2 erwähnten Grundschulen bzw. Grundschulabteilungen findet Artikel 24 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen Anwendung.

TITEL III – Unterrichtssprache und Fremdsprachen

Festlegung der Unterrichtssprache

Art. 4 - § 1 - Deutsch ist Unterrichtssprache. Aktivitäten und Fächer können unter den in § 2 angeführten Bedingungen in einer anderen Sprache erteilt werden.

§ 2 - In Anwendung von § 1 werden im Vorschulwesen innerhalb der in Artikel 6 § 1 festgelegten Grenzen Aktivitäten in der ersten Fremdsprache erteilt.

In Anwendung von § 1 können im Regelprimarschulwesen neben dem Unterricht der ersten Fremdsprache Aktivitäten in den Fächern Psychomotorik, Leibeserziehung, Kunst und Handwerk in der ersten Fremdsprache erteilt werden.

In Anwendung von § 1 kann im Regelsekundarschulwesen innerhalb der in Artikel 6 § 3 Absatz 5 festgelegten Grenzen neben dem Französischunterricht zusätzlicher Unterricht in französischer Sprache erteilt werden. Davon ausgenommen ist der Unterricht der anderen modernen Sprachen.

Die in den Absätzen 1 bis 3 vorgesehene Möglichkeit des Erteilens des Unterrichts in der ersten Fremdsprache darf nicht zur Folge haben, dass Personalmitglieder wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden.

Festlegung der Fremdsprachen

Art. 5 - § 1 - Im Grundschulwesen ist Französisch erste und einzige Fremdsprache.

In Abweichung von Absatz 1 ist Deutsch erste Fremdsprache in den französisch- und niederländischsprachigen Grundschulen beziehungsweise Grundschulabteilungen.

Im Kindergarten finden fremdsprachliche Aktivitäten ausschließlich in der ersten Fremdsprache statt.

§ 2 - Im Sekundarschulwesen ist Französisch erste Fremdsprache. Je nach Unterrichtsform und Stufe können im Regelsekundarschulwesen weitere Fremdsprachen unterrichtet werden, die vom Schulträger im Rahmen des Studienprogramms festgelegt werden.

§ 3 - Im Hochschulwesen ist Französisch erste Fremdsprache. Je nach Studienart können weitere Fremdsprachen unterrichtet werden, die vom Schulträger im Rahmen des Studienprogramms festgelegt werden.

§ 4 - In der schulischen Weiterbildung können verschiedene Sprachkurse angeboten werden, die vom Schulträger im Rahmen des Studienprogramms festgelegt werden.

Unterrichtsumfang

Art. 6 - § 1 - Im Vorschulwesen legt der Schulträger den zeitlichen Umfang der fremdsprachlichen Aktivitäten im Rahmen des Aktivitätenplans fest, wobei sie mindestens 50 und höchstens 200 Minuten pro Woche betragen. Diese Aktivitäten finden täglich statt.

In Abweichung von Absatz 1 sind die Schulträger der Sonderschulen in einzelnen pädagogisch begründeten Fällen nicht verpflichtet, fremdsprachliche Aktivitäten erteilen zu lassen.

§ 2 - Im Primarschulwesen umfasst der Unterricht der Unterrichtssprache mindestens fünf Unterrichtsstunden pro Woche.

In Abweichung von Absatz 1 können die Schulträger der Sonderschulen weniger Unterrichtsstunden erteilen lassen.

Der Unterricht der ersten Fremdsprache umfasst in der ersten Stufe zwei bis drei, in der zweiten Stufe drei bis vier und in der dritten Stufe fünf Unterrichtsstunden pro Woche.

In Abweichung von Absatz 3 sind die Schulträger der Sonderschulen nicht verpflichtet, den Unterricht der ersten Fremdsprache erteilen zu lassen. Falls der entsprechende Unterricht organisiert wird, können sie von der im Absatz 3 erwähnten Stundenzahl abweichen, wobei die jeweilige Höchstgrenze nicht überschritten werden darf.

§ 3 - Im Sekundarschulwesen legt der Schulträger den zeitlichen Umfang des Deutschunterrichts im Rahmen des Studienprogramms fest, wobei folgende Minima gelten:

1. allgemeinbildender Unterricht: vier Unterrichtsstunden pro Woche.
2. technischer und berufsbildender Unterricht: drei Unterrichtsstunden pro Woche

In Abweichung von Absatz 1 können die Schulträger der Sonderschulen weniger Unterrichtsstunden erteilen lassen.

Der Schulträger legt den zeitlichen Umfang der Fremdsprachen im Rahmen des Studienprogramms fest, wobei für den Umfang des Französischunterrichts folgende Minima gelten:

1. allgemeinbildender Unterricht: vier Unterrichtsstunden pro Woche,
2. technischer und berufsbildender Unterricht: zwei Unterrichtsstunden pro Woche.

In Abweichung von Absatz 3 sind die Schulträger der Sonderschulen nicht verpflichtet, den Unterricht der ersten Fremdsprache erteilen zu lassen. Falls der entsprechende Unterricht organisiert wird, können sie von der im Absatz 3 erwähnten Stundenzahl abweichen, wobei die jeweilige Höchstgrenze nicht überschritten werden darf.

Höchstens 50% des Sachunterrichts darf im Regelsekundarschulwesen in französischer Sprache erteilt werden. Ausgenommen ist die erste Stufe des Sekundarunterrichts, in der dieser Prozentsatz auf 65% steigen darf, unter der Bedingung, dass in den betreffenden Schulen in dieser Stufe der Unterricht so organisiert wird, dass ein Schüler zwischen diesem Unterricht und einem Unterricht mit einem Anteil von Sachunterricht in französischer Sprache von höchstens 50% wählen kann.

Unter Sachunterricht im Sinne des vorliegenden Dekrets sind alle Fächer mit Ausnahme der modernen Sprachen zu verstehen.

Der Schulträger legt den zeitlichen Umfang und die Fächer, die in Französisch unterrichtet werden, im Rahmen des Studienprogramms fest. Dabei kann das Erteilen des Religionsunterrichts in französischer Sprache mit dem Einverständnis des betreffenden Kultuträgers erfolgen.

§ 4 - Unter der in §§ 2 und 3 erwähnten "Unterrichtsstunde" ist die Definition zu verstehen, die in Artikel 4 Nummer 25 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen festgelegt ist.

TITEL IV – Zugang Schüler zum Regel- und Sondergrundschulwesen

Regel- und Sondergrundschulwesen: Schüler aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 7 - Vorbehaltlich der in anderen anwendbaren Regelungen festgelegten Einschreibebedingungen sind die Erziehungsberechtigten der Kinder, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben, berechtigt, die betreffenden Kinder in eine deutsch-, französisch- beziehungsweise niederländischsprachige Grundschule oder Grundschulabteilung einzuschreiben.

Regel- und Sondergrundschulwesen: Schüler, die nicht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wohnen

Art. 8 - § 1 - Vorbehaltlich der in anderen anwendbaren Regelungen festgelegten Einschreibebedingungen sind die Erziehungsberechtigten der Kinder, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort nicht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben, berechtigt, die betreffenden Kinder in eine deutschsprachige Grundschule beziehungsweise Grundschulabteilung einzuschreiben.

§ 2 - Vorbehaltlich der in anderen anwendbaren Regelungen festgelegten Einschreibebedingungen sind die Erziehungsberechtigten der Kinder, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort nicht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben, berechtigt, die betreffenden Kinder in eine französisch- beziehungsweise niederländischsprachige Grundschule beziehungsweise Grundschulabteilung einzuschreiben, falls diese bestehen. Voraussetzung ist, dass die Kinder erfüllen folgende Bedingungen:

1. das Kind hat im vorhergehenden Schuljahr eine französisch- beziehungsweise niederländischsprachige Grundschule besucht; dies gilt nicht für Kinder, die ins erste Jahr des Kindergartens oder ins erste Jahr der ersten Stufe der Primarschule eingeschrieben werden;

2. einer der nachstehenden Fälle liegt vor:

a) die Schule beziehungsweise Abteilung, in die das Kind sich einschreiben möchte, ist die nächstgelegene Schule, in der ein Unterricht in der betreffenden Sprache organisiert oder subventioniert wird;

b) mindestens ein Erziehungsberechtigter hat seinen ständigen Arbeitsplatz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

c) mindestens ein Geschwisterkind besucht zum Zeitpunkt der beantragten Einschreibung bereits die betreffende Grundschule.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Regierung einem Schüler, der die Bedingungen nicht erfüllt, in begründeten Ausnahmefällen erlauben, eine französisch- beziehungsweise niederländischsprachige Grundschule beziehungsweise Grundschulabteilung zu besuchen.

TITEL V – Vergabe von Studiennachweisen

Studiennachweise

Art. 9 - Alle Studiennachweise werden in deutscher Sprache ausgestellt, mit Ausnahme des Abschlusszeugnisses der Grundschule, das in der Unterrichtssprache ausgestellt wird.

TITEL VI – Sprachliche Anforderungen an das Personal

Untertitel I – Auswahl- und Beförderungssämter

Bedingung

Art. 10 - Alle Auswahl- und Beförderungssämter werden von Personalmitgliedern bekleidet, die die deutsche Sprache und die französische Sprache gründlich beherrschen.

Untertitel II – Anwerbungsämter in der Kategorie «Direktions- und Lehrpersonal»

KAPITEL 1 – Regel- und Sondergrundschulwesen

Unterrichtssprache

Art. 11 - Mit Ausnahme des Unterrichts der ersten Fremdsprache wird der Unterricht von Lehrern erteilt, die die Unterrichtssprache gründlich beherrschen.

Erste Fremdsprache

Art. 12 - Im Vorschulwesen werden die fremdsprachlichen Aktivitäten von Kindergärtnerinnen erteilt, die diese Sprache und die Unterrichtssprache ausreichend beherrschen.

Im Primarschulwesen wird der Unterricht der ersten Fremdsprache von Lehrern erteilt, die diese Sprache gründlich und die Unterrichtssprache ausreichend beherrschen.

Werden im Regelprimarschulwesen psychomotorische, sportliche, künstlerische und handwerkliche Aktivitäten in der ersten Fremdsprache erteilt, beherrschen die Lehrer diese Sprache und die Unterrichtssprache gründlich.

KAPITEL 2 – Regel- und Sondersekundarschulwesen

Deutschunterricht

Art. 13 - Der Deutschunterricht wird von Lehrern erteilt, die die deutsche Sprache gründlich beherrschen.

Französischunterricht

Art. 14 - Der Französischunterricht wird von Lehrern erteilt, die die französische Sprache gründlich und die deutsche Sprache ausreichend beherrschen.

Andere moderne Sprachen

Art. 15 - Mit Ausnahme der in Artikel 13 und 14 erwähnten Sprachen, wird der Unterricht der modernen Sprachen von Lehrern erteilt, die die deutsche Sprache ausreichend beherrschen.

Sachunterricht in deutscher Sprache

Art. 16 - Der Sachunterricht in deutscher Sprache wird von Lehrern erteilt, die die deutsche Sprache gründlich beherrschen.

Sachunterricht in französischer Sprache

Art. 17 - Der Sachunterricht in französischer Sprache wird von Lehrern erteilt, die die französische und die deutsche Sprache gründlich beherrschen.

KAPITEL 3 – Hochschulwesen

Deutschunterricht

Art. 18 - Der Deutschunterricht wird von Lehrern erteilt, die die deutsche Sprache gründlich beherrschen.

Französischunterricht

Art. 19 - Der Französischunterricht wird von Lehrern erteilt, die die französische Sprache gründlich beherrschen.

Sachunterricht

Art. 20 - Der Sachunterricht wird von Lehrern erteilt, die die deutsche Sprache gründlich beherrschen.

KAPITEL 4 – Schulische Weiterbildung

Sprachkurse

Art. 21 - Der Unterricht wird von Lehrern erteilt, die die deutsche Sprache ausreichend beherrschen.

In Abweichung von Absatz 1 werden die Deutschkurse von Lehrern erteilt, die die deutsche Sprache gründlich beherrschen.

Nichtsprachliche Kurse

Art. 22 - Die nichtsprachlichen Kurse werden von Lehrern erteilt, die die deutsche Sprache gründlich beherrschen.

Untertitel III – Anwerbungsämter in den Personalkategorien «Verwaltungspersonal», «Erziehungspersonal» und «Paramedizinisches Personal»

Bedingung

Art. 23 - Das Personal beherrscht die deutsche Sprache gründlich.

In den französisch- beziehungsweise niederländischsprachigen Grundschulen oder Grundschulabteilungen trägt der Schulträger dafür Sorge, dass die Schüler in der betreffenden Sprache betreut werden.

Untertitel IV – Anwerbungsämter im Bereich des technischen Personals der psycho-medizinisch-sozialen Zentren

Bedingung

Art. 24 - Die Personalmitglieder beherrschen die deutsche Sprache gründlich.

Betreut das psycho-medizinisch-soziale Zentrum eine französischsprachige beziehungsweise niederländischsprachige Grundschule oder Grundschulabteilung, trägt der Träger des Zentrums dafür Sorge, dass die Schüler in der betreffenden Sprache betreut werden.

Untertitel V – Mangel an Personal mit den erforderlichen Sprachkenntnissen

Abweichungen

Art. 25 - § 1 - Hat ein Schulträger nachweislich Schwierigkeiten, Personen anzuwerben, die die in vorliegendem Dekret festgelegten Bedingungen erfüllen, kann die Regierung ihm erlauben, Personalmitglieder anzuwerben, die diese Bedingungen nicht erfüllen.

§ 2 - Um in den Genuss der in § 1 angeführten Abweichung kommen zu können, gibt der Schulträger ein Stellenangebot in einer Zeitung auf, unterrichtet das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft schriftlich darüber, dass eine Stelle zu besetzen ist, und teilt dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft anschließend mit, dass kein Personalmitglied, das alle Bedingungen erfüllt, um zeitweilig bezeichnet oder eingestellt zu werden, seine Kandidatur beziehungsweise seine Bewerbung eingereicht hat, um diese Stelle hauptamtlich zu besetzen.

§ 3 - Eine Abweichung wird für jedes betroffene Personalmitglied einzeln gewährt; sie gilt für höchstens ein Schuljahr und kann erneuert werden.

Untertitel VI – Nachweis der sprachlichen Kenntnisse

Sprachkenntnisse

Art. 26 - § 1 - Als Nachweis der gründlichen Beherrschung einer Sprache gelten:

1. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Vollzeit-Sekundarunterrichts, ein Abschlusssdiplom des Vollzeit-Hochschulwesens kurzer oder langer Studiendauer oder ein Universitätsdiplom, das in dieser Sprache erworben worden ist;

2. ein in Nummer 1 erwähnter Studiennachweis, der in dieser Sprache vor einem schulexternen Prüfungsausschuss erworben worden ist;

3. ein Studiennachweis, der einem der in den Nummern 1 und 2 erwähnten Studiennachweise gleichgestellt ist oder anerkannt ist und in dieser Sprache erworben worden ist;

4. eine Bescheinigung des in Titel VII erwähnten Prüfungsausschusses, aus der hervorgeht, dass das Personalmitglied diese Sprache gründlich beherrscht;

§ 2 - Als Nachweis der ausreichenden Beherrschung einer Sprache gilt neben den in § 1 angeführten Studiennachweisen und Bescheinigungen:

1. das Abschlusszeugnis der Unterstufe des Vollzeit-Sekundarunterrichts, das in dieser Sprache erworben worden ist;

2. das Diplom des Vollzeit-Hochschulwesens kurzer Studiendauer in der Studienrichtung "Moderne Sprachen" oder "Sekretariat-Sprachen", das Diplom eines Lehrbefähigten der Unterstufe des Sekundarunterrichts in der Studienrichtung "Moderne Sprachen", das Diplom eines Lizienten in Germanistik oder Romanistik oder das Diplom eines Lizienten in Übersetzung/Dolmetschen, falls die Ausbildung die betreffende Sprache umfasst;

3. ein in den Nummern 1 und 2 erwähnter Studiennachweis, der in dieser Sprache vor einem schulexternen Prüfungsausschuss erworben worden ist;

4. ein Studiennachweis, der einem der in den Nummern 1 bis 3 erwähnten Studiennachweise gleichstellt oder anerkannt ist und in dieser Sprache erworben worden ist;

5. eine Bescheinigung des in Titel VII erwähnten Prüfungsausschusses, aus der hervorgeht, dass das Personalmitglied diese Sprache ausreichend beherrscht.

TITEL VII – Sprachenprüfungsausschüsse

Untertitel I – Zielsetzung, Zusammensetzung und Arbeitsweise

Zielsetzung und Einrichtung

Art. 27 - Es werden schulexterne Prüfungsausschüsse eingerichtet, die nach Maßgabe des vorliegenden Dekretes prüfen, ob die Personalmitglieder die deutsche, die französische oder die niederländische Sprache gründlich beziehungsweise ausreichend beherrschen.

Für jede der in Absatz 1 erwähnten Sprachen wird ein Prüfungsausschuss eingerichtet

Zusammensetzung

Art. 28 - § 1 - Jeder Prüfungsausschuss setzt sich zusammen aus:

1. einem Vorsitzenden und einem stellvertretenden Vorsitzenden,
2. vier Prüfern und vier Ersatzprüfern,
3. einem Schriftführer und einem stellvertretenden Schriftführer.

Die Regierung bezeichnet den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden unter den Beamten der Stufe 1 des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den Inspektoren-Beratern, die im aktiven Dienst oder im Ruhestand sind.

Die Regierung bezeichnet die Prüfer und die Ersatzprüfer unter den Mitgliedern des Direktions- und Lehrpersonals des Sekundar- und des Hochschulwesens sowie der schulischen Weiterbildung, die im aktiven Dienst oder im Ruhestand sind.

Die Regierung bezeichnet den Schriftführer und den stellvertretenden Schriftführer unter den Personalmitgliedern des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Regierung kann Unvereinbarkeiten festlegen.

§ 2 - Der Vorsitzende wacht über den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfungen und leitet die Beratungen. Bei Abwesenheit wird der Vorsitzende durch seinen Stellvertreter oder durch den ältesten anwesenden Prüfer ersetzt.

Bei Abwesenheit wird ein Prüfer durch einen Ersatzprüfer ersetzt.

Bei Abwesenheit eines Schriftführers wird dieser durch einen der stellvertretenden Schriftführer oder durch einen Prüfer ersetzt.

Stimmrecht

Art. 29 - Stimmberechtigt sind der Vorsitzende beziehungsweise der stellvertretende Vorsitzende und die Prüfer beziehungsweise die Ersatzprüfer.

Mandatsdauer

Art. 30 - Alle Mandate haben eine Dauer von vier Jahren und können erneuert werden.

Entschädigungen

Art. 31 - Die Funktionskosten der Prüfungsausschüsse gehen zu Lasten des Haushaltes der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Den Mitgliedern der Ausschüsse wird unter den von der Regierung festzulegenden Bedingungen eine Fahrtentschädigung und eine Anwesenheitsentschädigung gewährt.

Arbeitsweise

Art. 32 - Die Regierung legt die Regeln bezüglich der Arbeitsweise des Ausschusses fest.

Untertitel II – Einschreibung und Zulassung zur Prüfung

Zulassungsbedingung

Art. 33 - Zur Prüfung vor den in Artikel 26 angeführten Prüfungsausschüssen sind Personen ab 18 Jahren zugelassen.

Einschreibeverfahren

Art. 34 - Die Regierung legt das Verfahren der Einschreibung fest und bestimmt die Schriftstücke, die dem Einschreibformular beigelegt werden müssen.

Einschreibgebühr

Art. 35 - Es wird keine Einschreibgebühr erhoben.

Untertitel III – Organisation und Inhalt der Prüfung

Prüfungssitzungen

Art. 36 - Es findet eine Prüfungssitzung im Jahr statt. Die Regierung legt den Zeitpunkt der Sitzung fest.

Gründliche Beherrschung einer Sprache – Kompetenzen und Prüfungsinhalt

Art. 37 - § 1 - Die Prüfung über die gründliche Beherrschung einer Sprache umfasst einen schriftlichen und einen mündlichen Teil.

§ 2 - Der schriftliche Prüfungsteil umfasst eine Abhandlung von höchstens zwei Seiten über ein aktuelles pädagogisches Thema und findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Die Kandidaten legen den schriftlichen Prüfungsteil gleichzeitig ab. In begründeten Ausnahmefällen kann der Vorsitzende von dieser Regelung abweichen.

Der mündliche Prüfungsteil umfasst ein Gespräch über ein aktuelles pädagogisches Thema und ist öffentlich. Auf Antrag des Kandidaten wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

§ 3 - Die Prüfung gilt als bestanden, wenn der Kandidat die folgenden Kompetenzen in ausreichendem Maße beherrscht:

1. er bedient sich einer treffenden, eindeutigen Wortwahl und eines angemessenen Stils (sowohl schriftlich wie mündlich);
2. er wendet die sprachlichen Hilfsmittel korrekt an (sowohl schriftlich wie mündlich);
3. er ist in der Lage, einen Text wiederzugeben;
4. er kann komplexe Texte erschließen, deuten und präsentieren;
5. er kann die Aussage eines Textes, die Gedanken und Informationen zusammenfassend und zusammenhängend wiedergeben, ohne eine eigene Meinung zu äußern;
6. er kann eigene Standpunkte entwickeln und begründen;
7. er kann Argumente, Thesen und Beispiele übersichtlich gliedern und sprachlich miteinander verknüpfen.

Ausreichende Beherrschung einer Sprache – Kompetenzen und Prüfungsinhalt

Art. 38 - § 1 - Die Prüfung über die ausreichende Beherrschung einer Sprache umfasst einen schriftlichen und einen mündlichen Teil.

§ 2 - Der schriftliche Prüfungsteil umfasst eine Abhandlung von höchstens zwei Seiten über ein aktuelles pädagogisches Thema und findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Die Kandidaten legen den schriftlichen Prüfungsteil gleichzeitig ab. In begründeten Ausnahmefällen kann der Vorsitzende von dieser Regelung abweichen.

Der mündliche Prüfungsteil umfasst ein Gespräch über ein aktuelles pädagogisches Thema und ist öffentlich. Auf Antrag des Kandidaten wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

§ 3 - Die Prüfung gilt als bestanden, wenn der Kandidat folgende Kompetenzen in ausreichendem Maße beherrscht:

1. er formuliert auf korrekte Weise;
2. er achtet auf die Sprechabsicht, den Ansprechpartner und auf die Umstände und passt die Mitteilungen dementsprechend an;
3. er verwendet angepasste Hilfsmittel, die der Klarheit der Aussage zuträglich sind;
4. er ist fähig, in der Hochsprache so zu reden, dass ein müheloses Verständnis durch den Hörer ermöglicht wird;
5. er äußert seine Mitteilung so, dass sie auch in den Relationen wie Zeit, Raum, Grund, Folge, Art und Weise klar und eindeutig verstanden wird.

Täuschungshandlungen und Störung des Prüfungsverfahrens

Art. 39 - Bei Täuschungshandlungen bei der Einschreibung wird der Kandidat unverzüglich von der Teilnahme an der betreffenden Prüfungssitzung ausgeschlossen. Die Prüfung gilt als nicht bestanden.

Bei schwerer Störung des Prüfungsverfahrens sowie bei Täuschungshandlungen während des Prüfungsablaufs wird der Kandidat unverzüglich von der Prüfungssitzung ausgeschlossen. Die Prüfung gilt als nicht bestanden.

Das Prüfungsprogramm und die Prüfungsordnung werden allen interessierten Personen auf Anfrage zugestellt. Bei der Einschreibung werden sie allen Kandidaten ausgehändigt.

Untertitel IV – Entscheidungsfindung, Prüfungsbefreiungen und Bekanntmachung

Entscheidungsfindung

Art. 40 - § 1 - Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

§ 2 - Alle Beratungen, die im Rahmen der Bewertung der Prüfung geführt werden, finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

§ 3 - Der Prüfungsausschuss bewertet die Prüfungsteile. Gegebenenfalls wird über das Bewertungsergebnis abgestimmt. Die Entscheidung wird durch Mehrheitsbeschluss getroffen, wobei der Vorsitzende sich nicht an der Abstimmung beteiligt.

Stimmenthaltungen sind unzulässig.

In Abweichung von Absatz 1 trifft der Vorsitzende bei Stimmgleichheit die Entscheidung.

Prüfungsbefreiungen

Art. 41 - Es werden keine Prüfungsbefreiungen gewährt.

Protokoll und Bekanntmachung der Prüfungsergebnisse

Art. 42 - Das Ergebnis der Beratung wird schriftlich festgehalten und in öffentlicher Sitzung bekannt gegeben.

Die Kandidaten, die die Prüfung bestanden haben, erhalten ein Diplom, dessen Muster von der Regierung festgelegt wird.

Untertitel V – Einspruch und Akteneinsicht

Akteneinsicht

Art. 43 - Dem Kandidaten wird auf Antrag umgehend Einsicht in die ihn betreffenden Prüfungsunterlagen gewährt. Der Antrag ist innerhalb von zehn Tagen nach der öffentlichen Bekanntmachung der Prüfungsergebnisse schriftlich an den Schriftführer zu richten.

Einspruch

Art. 44 - § 1 - Gegen die Entscheidung des Prüfungsausschusses kann der Kandidat Einspruch einlegen.

§ 2 - Der Kandidat, der die Entscheidung des Prüfungsausschusses beanstanden möchte, legt innerhalb von vierzehn Tagen nach der öffentlichen Bekanntmachung der Prüfungsergebnisse Einspruch ein. Der Einspruch muss begründet sein und erfolgt schriftlich. Es steht dem Beschwerdeführer frei, der Einspruchskammer Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die zum besseren Verständnis der Angelegenheit beitragen können. Die Unterlagen beinhalten keine Schriftstücke über Entscheidungen bezüglich anderer Kandidaten.

Der Einspruch wird per Einschreiben an das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft gerichtet, das die Einspruchskammer unverzüglich einberuft. Das Ministerium stellt dem Vorsitzenden des betreffenden Prüfungsausschusses eine Kopie des Einspruchs zu. Der Vorsitzende ist berechtigt, der Einspruchskammer ein begründetes Gutachten oder Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die zum besseren Verständnis der Angelegenheit beitragen können.

Die Einspruchskammer kann sämtliche zweckdienliche Unterlagen vom Prüfungsausschuss anfordern. Sie kann Personen anhören und sich von Experten beraten lassen. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ist berechtigt angehört zu werden.

Die Einspruchskammer prüft die Entscheidung des Prüfungsausschusses. Sie bestätigt die Entscheidung oder trifft eine andere Entscheidung. Gegen die Entscheidung der Einspruchskammer kann kein erneuter Einspruch eingelegt werden.

Im Falle von schwerwiegenden Formfehlern kann die Einspruchskammer anordnen, dass der Prüfungsausschuss die Prüfung schnellstmöglich wiederholt.

Einrichtung, Zusammensetzung und Arbeitsweise der Einspruchskammer

Art. 45 - § 1 - Für jede der in Artikel 27 Absatz 1 erwähnten Sprachen wird eine Einspruchskammer eingerichtet.

§ 2 - Jede Einspruchskammer setzt sich zusammen aus:

1. einem Vorsitzenden und einem stellvertretenden Vorsitzenden,
2. zwei weiteren Mitgliedern und zwei Ersatzmitgliedern,
3. einem Schriftführer und einem stellvertretenden Schriftführer.

Die Regierung bezeichnet den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden unter den Beamten der Stufe 1 des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den Inspektoren-Beratern, die im aktiven Dienst oder im Ruhestand sind.

Die Regierung bezeichnet die beiden anderen Mitglieder und die Ersatzmitglieder unter den Mitgliedern des Direktions- und Lehrpersonals des Sekundar- und des Hochschulwesens sowie der schulischen Weiterbildung, die im aktiven Dienst oder im Ruhestand sind.

Die Regierung bezeichnet den Schriftführer und den stellvertretenden Schriftführer unter den Personalmitgliedern des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Regierung kann Unvereinbarkeiten festlegen.

§ 3 - Bei Abwesenheit wird der Vorsitzende durch seinen Stellvertreter ersetzt.

Bei Abwesenheit eines Schriftführers wird dieser durch den stellvertretenden Schriftführer oder durch ein anderes Mitglied ersetzt.

§ 4 - Stimmberechtigt sind alle Mitglieder mit Ausnahme des Schriftführers beziehungsweise des stellvertretenden Schriftführers.

§ 5 - Alle Mandate haben eine Dauer von vier Jahren und können erneuert werden.

§ 6 - Die Funktionskosten der Einspruchskammern gehen zu Lasten des Haushaltes der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Den Mitgliedern der Einspruchskammern wird unter den von der Regierung festzulegenden Bedingungen eine Fahrtentschädigung und eine Anwesenheitsentschädigung gewährt.

§ 7 - Die Regierung legt die Regeln bezüglich der Arbeitsweise der Einspruchskammern fest.

§ 8 - Die Einspruchskammer ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

Die Einspruchskammer tagt unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Die Einspruchskammer prüft den Einspruch. Gegebenenfalls wird abgestimmt. Die Entscheidung wird durch Mehrheitsbeschluss getroffen, wobei der Vorsitzende sich nicht an der Abstimmung beteiligt.

Stimmenthaltungen sind unzulässig.

Bei Stimmengleichheit trifft in Abweichung von Absatz 3 der Vorsitzende die Entscheidung.

§ 9 - Das Ergebnis der Beratung wird schriftlich festgehalten und den Beschwerdeführer per Einschreiben mitgeteilt.

TITEL VIII – Schulprojekt und Evaluierung

Schulprojekt

Art. 46 - Im Schulprojekt im Sinne des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen legt jede Schule ihr Konzept zur Verbesserung der Sprachkompetenz und der Sprachenvermittlung detailliert dar.

Interne Evaluierung

Art. 47 - Im Rahmen der internen Evaluierung im Sinne des vorerwähnten Dekretes überprüft die Schule jährlich, ob beziehungsweise inwieweit sie das im Schulprojekt im Sinne des vorerwähnten Dekretes festgelegte Konzept zur Verbesserung der Sprachkompetenz und der Sprachenvermittlung verwirklicht hat. Sie legt anschließend die Ziele und Maßnahmen für das nächste Schuljahr fest.

Diese Evaluierung findet jährlich statt und wird schriftlich festgehalten.

Externe Evaluierung

Art. 48 - Im Rahmen der externen Evaluierung im Sinne des vorerwähnten Dekretes wird geprüft, inwieweit die Schulen den Bestimmungen des vorliegenden Dekretes Rechnung tragen und welche Anstrengungen sie unternommen haben, um Personal mit den erforderlichen sprachlichen Bedingungen anzuwerben beziehungsweise um ihr Personal entsprechend weiterzubilden. Des weiteren wird geprüft, welche Konzepte und Methoden sie innerschulisch entwickelt haben, um die Sprachkompetenz zu verbessern und die Sprachenvermittlung zu optimieren. Die Regierung oder die Arbeitsgruppe, die die Evaluierung vornimmt, unterbreitet den Schulträgern und Schulen in diesem Bereich Vorschläge zur Schulentwicklung.

TITEL IX – Strafmaßnahmen

Rückerstattung von Funktionssubventionen

Art. 49 - Die Nichtachtung der Bestimmungen des vorliegenden Dekretes sowie seiner Ausführungserlasse hat zur Folge, dass der Schulträger beziehungsweise Träger eines psycho-medizinisch-sozialen Zentrums bereits ausgezahlte Funktionssubventionen rückerstattet.

Die Rückerstattung darf 20% der Funktionssubventionen nicht überschreiten, die die Schule, das Zentrum für Teilzeitunterricht, das Internat oder das psycho-medizinisch-soziale Zentrum, wo die Übertretung festgestellt wird, für das vorhergehende Schuljahr erhalten hat.

Die Regierung legt die weiteren Regeln bezüglich der Feststellung der Übertretung und der Anwendung der Strafmaßnahme fest. Dieses Verfahren enthält ausreichend Verteidigungsmittel.

TITEL X – Aufhebungs-, Abänderungs- und Übergangsbestimmungen

Aufhebungsbestimmungen

Werden aufgehoben:

- Art. 50** - 1. das Gesetz vom 30. Juli 1963 über die Regelung des Sprachgebrauchs im Unterrichtswesen,
2. der Königliche Erlass vom 30. November 1966 über das Statut der Spracheninspektion im Unterrichtswesen,
3. der Königliche Erlass vom 30. November 1966 zur Festlegung der Arbeitsweise der Spracheninspektion im Unterrichtswesen,
4. der Königliche Erlass vom 25. November 1970 über die Organisation der Sprachenprüfungen,
5. der Ministerialerlass vom 31. August 1972 über die Organisation der Sprachenprüfungen über die Kenntnis der deutschen Sprache.

Abänderungsbestimmung

Art. 51 - In Artikel 33 § 1 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 23. Oktober 2000, und in Artikel 34 § 1 Absatz 2 des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen wird das Satzglied "Unbeschadet des Artikels 6 des Gesetzes vom 30. Juli 1963 über die Regelung des Sprachgebrauchs im Unterrichtswesen" durch "Unter Vorbehalt der Anwendung des Artikels 3 des Dekretes vom... über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen" ersetzt.

Übergangsbestimmung zu Gunsten des Personals

Art. 52 - Für Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens, die vor In-Kraft-Treten des vorliegenden Dekretes zum Praktikum zugelassen sind, gilt hinsichtlich der definitiven Ernennung, was die erforderlichen Sprachkenntnisse betrifft, das Gesetz vom 30. Juli 1963 über die Regelung des Sprachgebrauchs im Unterrichtswesen.

Personalmitglieder, die vor Ende des Schuljahres 2006-2007 die in oder gemäß dem Gesetz vom 30. Juli 1963 über die Regelung des Sprachgebrauchs im Unterrichtswesen vorgesehenen erforderlichen Sprachkenntnisse nachweisen, können zum Praktikum zugelassen oder definitiv ernannt beziehungsweise eingestellt werden.

Für Personalmitglieder, die vor In-Kraft-Treten des vorliegenden Dekretes zum Praktikum zugelassen oder definitiv ernannt beziehungsweise eingestellt sind, gilt hinsichtlich der Ausübung des Amtes das Gesetz vom 30. Juli 1963 über die Regelung des Sprachgebrauchs im Unterrichtswesen.

TITEL XI – In-Kraft-Treten

In-Kraft-Treten

Art. 53 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2004 in Kraft mit Ausnahme von Artikel 6 § 3 Absätze 5 und 7, die stufenweise wie folgt in Kraft treten:

1. für das erste Studienjahr am 1. September 2004,
2. für das zweite Studienjahr am 1. September 2005,
3. für das dritte Studienjahr am 1. September 2006,
4. für das vierte Studienjahr am 1. September 2007,
5. für das fünfte Studienjahr am 1. September 2008,

6. für das sechste Studienjahr am 1. September 2009,

7. für das siebte Studienjahr am 1. September 2010.

Gegeben zu Eupen, den 19. April 2004

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport

B. GENTGES

Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus

H. NIESSEN

Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales

—————
Fußnote

(1) *Sitzungsperiode 2003-2004*

Dokumente des Rates: 146 (2003-2004) Nr. 1 Dekretentwurf

146 (2003-2004) Nrn. 2-11 Abänderungsvorschläge

146 (2003-2004) Nr. 12 Bericht

146 (2003-2004) Nrn. 13-15 Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text

Ausführlicher Bericht: Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 19. April 2004

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2004 — 4349

[C — 2004/33080]

19 AVRIL 2004. — Décret relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

TITRE I^{er}. — Dispositions générales et champ d'application

Champ d'application

Article 1^{er}. Le présent décret est applicable aux écoles, centres d'enseignement à horaire réduit et internats de l'enseignement ordinaire et spécial ainsi qu'aux centres psycho-médico-sociaux organisés, subventionnés ou agréés par la Communauté germanophone.

Qualifications, domicile et résidence habituelle

Art. 2. Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent aux deux sexes.

L'élève fait valoir son domicile ou sa résidence habituelle dans une commune, tels que visés dans le présent décret, en prouvant qu'il est inscrit dans le registre des étrangers, dans le registre d'attente ou dans le registre de la population de ladite commune.

TITRE II. — Création de sections fondamentales ayant une autre langue d'enseignement que l'allemand

Création de sections fondamentales ayant une autre langue d'enseignement que l'allemand

Art. 3. § 1^{er} - Par dérogation à l'article 4, § 1^{er}, chaque commune a l'obligation de créer des sections maternelles ou primaires annexées à une école fondamentale et dans lesquelles le français ou le néerlandais est la langue d'enseignement lorsque les conditions suivantes sont remplies :

1° les personnes chargées de l'éducation d'au moins 15 élèves maternels ou d'au moins 30 élèves primaires introduisent une demande allant dans ce sens et dans laquelle ils déclarent sur l'honneur que le français ou le néerlandais est leur langue maternelle;

2° les élèves ont leur domicile ou résidence habituelle dans ladite commune et ne trouvent en région de langue allemande aucun enseignement dispensé dans leur langue dans un rayon de quatre kilomètres.

§ 2 - D'autres pouvoirs organisateurs peuvent créer une section maternelle ou primaire aux conditions fixées au § 1^{er}.

§ 3 - L'article 24 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires est applicable aux écoles fondamentales ou sections fondamentales visées aux §§ 1^{er} et 2.

TITRE III. — Langue de l'enseignement et langues étrangères

Détermination de la langue de l'enseignement

Art. 4. § 1^{er} - L'allemand est la langue de l'enseignement. Des activités et matières peuvent être dispensées dans une autre langue aux conditions énoncées au § 2.

§ 2 - Dans l'enseignement préscolaire et en application du § 1^{er}, des activités sont dispensées dans la première langue étrangère dans les limites fixées à l'article 6, § 1^{er}.

Dans l'enseignement primaire ordinaire et en application du § 1^{er}, des activités autres que le cours de première langue étrangère peuvent être dispensées dans cette langue dans les branches « activités psychomotrices », « éducation sportive », « éducation artistique » et « travaux manuels ».

Dans l'enseignement secondaire ordinaire et en application du § 1^{er}, d'autres cours que le cours de français peuvent être dispensés dans cette langue dans les limites fixées à l'article 6, § 3, alinéa 5. En sont exclus les cours de langues modernes.

La faculté de pouvoir dispenser des cours dans la première langue étrangère, prévue aux alinéas 1^{er} à 3, ne peut entraîner la mise en disponibilité de membres du personnel par défaut d'emploi.

Détermination des langues étrangères

Art. 5. § 1^{er} - Dans l'enseignement fondamental, le français est la première et unique langue étrangère.

Par dérogation au premier alinéa, l'allemand est la première langue étrangère dans les écoles ou sections fondamentales francophones et néerlandophones.

En section maternelle, les activités en langue étrangère se déroulent exclusivement dans la première langue étrangère.

§ 2 - Dans l'enseignement secondaire, le français est la première langue étrangère. Selon la forme d'enseignement et le degré, d'autres langues étrangères peuvent être enseignées dans l'enseignement secondaire ordinaire, déterminées par le pouvoir organisateur dans le cadre du programme des études.

§ 3 - Dans l'enseignement supérieur, le français est la première langue étrangère. Selon le type d'études, d'autres langues étrangères peuvent être enseignées, déterminées par le pouvoir organisateur dans le cadre du programme des études.

§ 4 - Dans la formation scolaire continuée, différents cours de langues peuvent être proposés, déterminés par le pouvoir organisateur dans le cadre du programme des études.

Volume des cours

Art. 6. § 1^{er} - Dans l'enseignement préscolaire, le pouvoir organisateur détermine en terme de temps, dans le cadre du programme d'activités, le volume des activités dispensées dans une langue étrangère; celui-ci représentera au moins 50 et au plus 200 minutes par semaine, les activités ayant lieu journalièrement.

Par dérogation au premier alinéa et dans des cas particuliers et motivés d'ordre pédagogique, les pouvoirs organisateurs des écoles spéciales ne sont pas obligés de faire dispenser des activités en langues étrangères.

§ 2 - Dans l'enseignement primaire, la langue de l'enseignement est enseignée pendant au moins 5 périodes par semaine.

Par dérogation au premier alinéa, les pouvoirs organisateurs des écoles spéciales peuvent faire dispenser moins d'heures de cours.

Le cours de première langue étrangère couvre, par semaine, deux à trois périodes dans le premier degré, trois à quatre dans le deuxième degré et cinq dans le troisième degré.

Par dérogation au troisième alinéa, les pouvoirs organisateurs des écoles spéciales ne sont pas obligés de faire dispenser l'enseignement de la première langue étrangère. Si un tel cours est organisé, ils peuvent déroger au nombre de périodes prévu au troisième alinéa, les différents maxima ne pouvant être dépassés.

§ 3 - Dans l'enseignement secondaire, le pouvoir organisateur détermine le volume horaire de l'enseignement de l'allemand dans le cadre du programme des études, en respectant les minima suivants :

1° enseignement général : 4 périodes par semaine;

2° enseignement technique et professionnel : 3 périodes par semaine.

Par dérogation au premier alinéa, les pouvoirs organisateurs des écoles spéciales peuvent faire dispenser moins d'heures de cours.

Le pouvoir organisateur détermine le volume horaire des langues étrangères dans le cadre du programme des études en respectant, pour le cours de français, les minima suivants :

1° enseignement général : 4 périodes par semaine;

2° enseignement technique et professionnel : 2 périodes par semaine.

Par dérogation au troisième alinéa, les pouvoirs organisateurs des écoles spéciales ne sont pas obligés de faire dispenser l'enseignement de la première langue étrangère. Si un tel cours est organisé, ils peuvent déroger au nombre de périodes prévu au troisième alinéa, les différents maxima ne pouvant être dépassés.

Dans l'enseignement secondaire ordinaire, 50 % au plus des matières non linguistiques peuvent être dispensés en français. Exception est faite pour le premier degré de l'enseignement secondaire, où le pourcentage peut être porté à 65 % à condition que, dans les écoles concernées, l'enseignement soit organisé de telle manière dans ce degré qu'un élève puisse choisir entre cet enseignement et un enseignement où la part de matières non linguistiques dispensées en français ne dépasse pas 50 %.

Au sens du présent décret, l'on entend par matières non linguistiques tous les cours à l'exception des langues modernes.

Le pouvoir organisateur détermine, dans le cadre du programme des études, le volume horaire et les branches enseignées en français. Le cours de religion peut être dispensé en français moyennant l'accord de l'autorité compétente pour le culte concerné.

§ 4 - En ce qui concerne les « périodes » visées aux §§ 2 et 3, il y a lieu d'entendre la définition fixée à l'article 4, 25°, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires.

TITRE IV. — Admission des élèves dans les écoles fondamentales ordinaires et spéciales

Enseignement fondamental ordinaire et spécial - Elèves provenant de la Communauté germanophone

Art. 7. Sous réserve des conditions d'inscription fixées dans d'autres règles applicables, les personnes chargées de l'éducation des enfants qui ont leur domicile ou leur résidence habituelle en Communauté germanophone sont autorisées à inscrire ces enfants dans une école ou section fondamentale germanophone, francophone ou néerlandophone.

Enseignement fondamental ordinaire et spécial - Elèves ne résidant pas en Communauté germanophone

Art. 8. § 1^{er} - Sous réserve des conditions d'inscription fixées dans d'autres règles applicables, les personnes chargées de l'éducation des enfants qui n'ont pas leur domicile ou leur résidence habituelle en Communauté germanophone sont autorisées à inscrire ces enfants dans une école ou section fondamentale germanophone.

§ 2 - Sous réserve des conditions d'inscription fixées dans d'autres règles applicables, les personnes chargées de l'éducation des enfants qui n'ont pas leur domicile ou leur résidence habituelle en Communauté germanophone sont autorisées à inscrire ces enfants dans une école ou section fondamentale francophone ou néerlandophone, pour autant qu'elle existe. Les enfants doivent remplir les conditions suivantes :

1° l'enfant a, au cours de l'année scolaire précédente, fréquenté une école fondamentale francophone ou néerlandophone; ceci ne vaut pas pour les enfants que l'on inscrit en première année de maternelle ou en première année du 1^{er} degré primaire;

2° l'un des cas suivants est rencontré :

- a) l'école ou section dans laquelle il souhaite s'inscrire est la plus proche où un enseignement dispensé dans la langue concernée est organisé ou subventionné;
- b) au moins une des personnes chargées de l'éducation a son emploi fixe en Communauté germanophone;
- c) au moins un frère ou une soeur fréquente déjà l'école fondamentale en question au moment de l'inscription.

Dans des cas exceptionnels motivés et par dérogation au premier alinéa, le Gouvernement peut autoriser un élève qui ne remplit pas les conditions à fréquenter une école ou section fondamentale francophone ou néerlandophone.

TITRE V. — Délivrance de titres d'études

Titres d'études

Art. 9. Tous les titres d'études sont établis en allemand, à l'exception du certificat d'études de base, lequel est établi dans la langue de l'enseignement.

TITRE VI. — Exigences linguistiques imposées au personnel

Sous-titre I. — Fonctions de sélection et de promotion

Condition

Art. 10. Toutes les fonctions de sélection et de promotion sont revêtues par des membres du personnel qui ont une connaissance approfondie de la langue allemande et de la langue française.

Sous-titre II. — Fonctions de recrutement pour le directeur et les enseignants le personnel directeur et enseignant

CHAPITRE 1. — Enseignement fondamental ordinaire et spécial

Langue de l'enseignement

Art. 11. A l'exception du cours de première langue étrangère, les cours sont dispensés par des enseignants qui ont une connaissance approfondie de la langue de l'enseignement.

Première langue étrangère

Art. 12. Dans l'enseignement préscolaire, les activités dispensées en langue étrangère le sont par des instituteurs maternels qui ont une connaissance suffisante de cette langue et de la langue de l'enseignement.

Dans l'enseignement primaire, les cours de première langue étrangère sont dispensés par des enseignants qui ont une connaissance approfondie de cette langue ainsi qu'une connaissance suffisante de la langue de l'enseignement.

Si, dans l'enseignement primaire ordinaire, des activités psychomotrices, sportives, artistiques et manuelles sont dispensées dans la première langue étrangère, les enseignants auront une connaissance approfondie de cette langue et de la langue de l'enseignement.

CHAPITRE 2. — Enseignement secondaire ordinaire et spécial

Cours d'allemand

Art. 13. Le cours d'allemand est dispensé par des enseignants qui ont une connaissance approfondie de l'allemand.

Cours de français

Art. 14. Le cours de français est dispensé par des enseignants qui ont une connaissance approfondie du français ainsi qu'une connaissance suffisante de l'allemand.

Autres langues modernes

Art. 15. Les cours de langues modernes, à l'exception des langues visées aux articles 13 et 14, sont dispensés par des enseignants qui ont une connaissance suffisante de l'allemand.

Matières non linguistiques enseignées en allemand

Art. 16. Les matières non linguistiques dispensées en allemand le sont par des enseignants qui ont une connaissance approfondie de l'allemand.

Matières non linguistiques enseignées en français

Art. 17. Les matières non linguistiques dispensées en français le sont par des enseignants qui ont une connaissance approfondie du français et de l'allemand.

CHAPITRE 3. — Enseignement supérieur

Cours d'allemand

Art. 18. Le cours d'allemand est dispensé par des enseignants qui ont une connaissance approfondie de l'allemand.

Cours de français

Art. 19. Le cours de français est dispensé par des enseignants qui ont une connaissance approfondie du français.

Matières non linguistiques

Art. 20. Les matières non linguistiques sont dispensées par des enseignants qui ont une connaissance approfondie de l'allemand.

CHAPITRE 4. — Formation scolaire continuée

Cours de langues

Art. 21. Les cours sont dispensés par des enseignants qui ont une connaissance suffisante de l'allemand.

Par dérogation au premier alinéa, les cours d'allemand sont dispensés par des enseignants qui ont une connaissance approfondie de l'allemand.

Cours autres que les cours de langues

Art. 22. Les cours autres que les cours de langues sont dispensés par des enseignants qui ont une connaissance approfondie de la langue allemande.

Sous-titre III. — Fonctions de recrutement pour le personnel administratif, éducatif et paramédical

Condition

Art. 23. Le personnel aura une connaissance approfondie de la langue allemande.

Dans une école ou section fondamentale francophone ou néerlandophone, le pouvoir organisateur veillera à ce que les élèves soient encadrés dans la langue en question.

Sous-titre IV. — Fonctions de recrutement pour le personnel technique des centres psycho-médico-sociaux

Condition

Art. 24. Les membres du personnel auront une connaissance approfondie de l'allemand.

Si le centre psycho-médico-social assure la guidance d'une école ou section fondamentale francophone ou néerlandophone, le pouvoir organisateur du centre veillera à ce que les élèves soient encadrés dans la langue en question.

Sous-titre V. — Manque de personnel possédant les connaissances linguistiques requises

Dérogations

Art. 25. § 1^{er} - S'il est prouvé qu'un pouvoir organisateur éprouve des difficultés à recruter des personnes qui remplissent les conditions fixées par le présent décret, le Gouvernement peut l'autoriser à recruter des personnes ne les remplissant pas.

§ 2 - Pour pouvoir bénéficier de la dérogation prévue au § 1^{er}, le pouvoir organisateur fait paraître dans la presse une offre d'emploi, communiqué par écrit à l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone qu'un emploi est à pourvoir et informe le Ministère de la Communauté germanophone qu'aucun membre du personnel remplissant toutes les conditions pour être désigné ou engagé à titre temporaire n'a introduit sa candidature pour occuper cet emploi en fonction principale.

§ 3 - Une dérogation est accordée personnellement à chaque membre du personnel concerné, vaut pour une année scolaire au plus et peut être renouvelée.

Sous-titre VI. — Preuve des connaissances linguistiques

Connaissances linguistiques

Art. 26. § 1^{er} - Constituent une preuve de la connaissance approfondie d'une langue :

1° le certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire supérieur de plein exercice, un certificat de fin d'études de l'enseignement supérieur de type court ou de type long de plein exercice ou un diplôme universitaire obtenus dans cette langue;

2° un des titres d'études visés au 1°, obtenu dans cette langue devant un jury extrascolaire;

3° un titre d'études assimilé à l'un des titres visés aux points 1° et 2° ou reconnu, obtenu dans cette langue;

4° un diplôme délivré par le jury visé au titre VII et dont il ressort que le membre du personnel a une connaissance approfondie de cette langue.

§ 2 - Constitue une preuve de la connaissance suffisante d'une langue, outre les diplômes, titres et certificats énumérés au § 1^{er} :

1° le certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire inférieur de plein exercice obtenu dans cette langue;

2° le certificat de fin d'études de l'enseignement supérieur de type court de plein exercice obtenu dans la section « Langues modernes » ou « Secrétariat-langues », le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur obtenu dans la section « Langues modernes », le diplôme de licencié en langues germaniques ou en langues romanes ou le diplôme de licencié en traduction/interprétation, si la formation concerne cette langue;

3° un des certificats d'études visés aux 1° et 2°, obtenu dans cette langue devant un jury extrascolaire;

4° un titre assimilé à l'un des titres visés aux points 1° à 3° ou reconnu, obtenu dans cette langue;

5° un diplôme délivré par le jury visé au titre VII et dont il ressort que le membre du personnel a une connaissance suffisante de cette langue.

TITRE VII. — Jurys des examens linguistiques

Sous-titre I. — Objectif, composition et fonctionnement

Objectif et installation

Art. 27. Il est institué des jurys extrascolaires qui, en application du présent décret, examinent si les membres du personnel ont une connaissance approfondie ou suffisante de l'allemand, du français ou du néerlandais.

Il est institué un jury pour chacune des langues mentionnées au premier alinéa.

Composition

Art. 28. § 1^{er} - Chaque jury se compose :

1° d'un président et d'un président suppléant;

2° de quatre examinateurs et de quatre examinateurs suppléants;

3° d'un secrétaire et d'un secrétaire suppléant.

Le Gouvernement désigne le président et le président suppléant parmi les agents de niveau 1 du Ministère de la Communauté germanophone ou les inspecteurs-conseillers en activité de service ou retraités.

Le Gouvernement désigne les examinateurs et les examinateurs suppléants parmi les membres du personnel directeur et enseignant de l'enseignement secondaire et supérieur et de la formation scolaire continuée en activité de service ou retraités.

Le Gouvernement désigne le secrétaire et le secrétaire suppléant parmi les membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone.

Le Gouvernement peut déterminer des incompatibilités.

§ 2 - Le président veille au bon déroulement des épreuves et mène les délibérations. En cas d'absence, le président est remplacé par son suppléant ou par l'aîné des examinateurs présents.

En cas d'absence d'un examinateur, il est remplacé par un examinateur suppléant.

En cas d'absence du secrétaire, celui-ci est remplacé par l'un des secrétaires suppléants ou par un examinateur.

Droit de vote

Art. 29. Ont voix délibérative le président ou son suppléant et les examinateurs ou examinateurs suppléants.

Durée du mandat

Art. 30. Tous les mandats ont une durée de quatre ans et peuvent être renouvelés.

Indemnisation

Art. 31. Les frais de fonctionnement des jurys sont à charge du budget de la Communauté germanophone.

Aux conditions fixées par le Gouvernement, il est accordé aux membres des jurys une indemnité kilométrique ainsi que des jetons de présence.

Fonctionnement

Art. 32. Le Gouvernement établit les règles de fonctionnement des jurys.

SOUS-TITRE II : INSCRIPTION ET ADMISSION A L'EXAMEN

Condition d'admission

Art. 33. Les personnes âgées de 18 ans au moins sont admises à présenter l'examen devant les jurys visés à l'article 26.

Procédure d'inscription

Art. 34. Le Gouvernement fixe la procédure d'inscription et détermine les documents qui doivent être annexés au formulaire d'inscription.

Droit d'inscription

Art. 35. Il n'est réclamé aucun droit d'inscription.

Sous-titre III. — Organisation et contenu de l'examen

Sessions d'examens

Art. 36. Il y a une session par an, le Gouvernement en déterminant le moment.

Connaissance approfondie d'une langue - aptitudes et contenu de l'examen

Art. 37. § 1^{er} - L'examen portant sur la connaissance approfondie d'une langue comporte une épreuve écrite et une épreuve orale.

§ 2 - L'épreuve écrite comporte une dissertation de deux pages au plus sur un thème pédagogique actuel et a lieu à huis clos.

Les candidats présentent l'épreuve écrite en même temps. Dans des cas exceptionnels motivés, le président peut déroger à cette règle.

L'épreuve orale comporte un entretien sur un thème pédagogique actuel et est publique. Elle peut avoir lieu à huis clos à la demande du candidat.

§ 3 - L'examen est considéré comme réussi lorsque le candidat maîtrise suffisamment les aptitudes suivantes :

1° il choisit un vocabulaire pertinent et univoque et un style approprié (tant par écrit qu'oralement);

2° il utilise correctement les outils linguistiques (tant par écrit qu'oralement);

3° il est en mesure de restituer un texte;

4° il peut analyser, expliquer et présenter des textes complexes;

5° il peut rendre le contenu d'un texte, les idées et les informations de manière succincte, sans exprimer sa propre opinion;

6° il peut développer et argumenter ses propres points de vue;

7° il peut organiser de manière compréhensible des arguments, des thèses et des exemples et les associer linguistiquement.

Connaissance suffisante d'une langue - aptitudes et contenu de l'examen

Art. 38. § 1^{er} - L'examen portant sur la connaissance suffisante d'une langue comporte une épreuve écrite et une épreuve orale.

§ 2 - L'épreuve écrite comporte une dissertation de deux pages au plus sur un thème pédagogique actuel et a lieu à huis clos.

Les candidats présentent l'épreuve écrite en même temps. Dans des cas exceptionnels motivés, le président peut déroger à cette règle.

L'épreuve orale comporte un entretien sur un thème pédagogique actuel et est publique. Elle peut avoir lieu à huis clos à la demande du candidat.

§ 3 - L'examen est considéré comme réussi lorsque le candidat maîtrise suffisamment les aptitudes suivantes :

1° il utilise des formulations correctes;

2° il fait attention à ce qu'il veut exprimer, à son interlocuteur et aux circonstances et adapte ses communications en conséquence;

3° il utilise des outils appropriés qui apportent de la clarté à ce qu'il exprime;

4° il est capable de parler de telle manière en langue soutenue qu'un auditeur peut le comprendre sans difficulté;

5° il exprime sa communication de telle manière qu'elle est aussi comprise clairement et sans ambiguïté dans les relations telles que le temps, l'espace, la cause, la conséquence, la manière.

Fraudes et perturbation de la procédure d'examen

Art. 39. En cas de fraude lors de l'inscription, le candidat est immédiatement exclu de la participation à la session concernée. L'examen est considéré comme non réussi.

En cas de grave perturbation de la procédure d'examen ainsi qu'en cas de fraude lors de l'examen, le candidat est immédiatement exclu de la participation à la session concernée. L'examen est considéré comme non réussi.

Le programme et le règlement d'examen sont adressés à toute personne intéressée qui en fait la demande. Ils sont remis à tous les candidats lors de l'inscription.

Sous-titre IV. — Prise de décision, dispenses d'examen et proclamation

Prise de décision

Art. 40. § 1^{er} - Le jury peut délibérer valablement lorsqu'au moins la moitié des membres ayant voix délibérative sont présents.

§ 2 - Toutes les délibérations menées dans le cadre de l'évaluation de l'examen se déroulent à huis clos.

§ 3 - Le jury évalue les épreuves. Le cas échéant, il est procédé à un vote quant au résultat de l'évaluation. La décision est prise à la majorité, le président ne prenant pas part au vote.

Les abstentions ne sont pas autorisées.

Par dérogation au premier alinéa, c'est le président qui décide en cas de parité des voix.

Dispense d'examen

Art. 41. Il n'est pas accordé de dispense.

Procès-verbaux et proclamation des résultats

Art. 42. Le résultat de la délibération est consigné par écrit et proclamé en séance publique.

Les candidats qui ont réussi l'examen obtiennent un diplôme dont le modèle est déterminé par le Gouvernement.

Sous-titre V. — Recours et droit de consulter le dossier

Droit de consulter le dossier

Art. 43. A leur demande, les candidats peuvent consulter immédiatement les documents d'examens les concernant. La demande doit être adressée par écrit au secrétaire dans les dix jours de la proclamation publique des résultats.

Recours

Art. 44. § 1^{er} - Le candidat peut introduire un recours contre la décision du jury.

§ 2 - Le candidat qui souhaite contester la décision du jury introduit un recours dans les quinze jours de la proclamation publique des résultats. Le recours doit être motivé et introduit par écrit. Il est loisible au requérant de mettre à la disposition de la chambre de recours tout document pouvant contribuer à une meilleure compréhension de l'affaire. Les documents ne comportent aucune pièce relative à des décisions concernant d'autres candidats.

Le recours est introduit par recommandé auprès du Ministère de la Communauté germanophone, qui convoque immédiatement la chambre de recours. Le Ministère adresse une copie du recours au président du jury concerné. Le président a le droit de communiquer à la chambre de recours un avis motivé ou des documents pouvant contribuer à une meilleure compréhension de l'affaire.

La chambre de recours peut demander au jury de lui communiquer tout document utile. Elle peut entendre des personnes et consulter des experts. Le président du jury a le droit d'être entendu.

La chambre de recours examine la décision du jury. Elle confirme la décision du jury ou en prend une nouvelle. Aucun recours ne peut être introduit contre la décision prise par la chambre de recours.

Lors de vice de forme grave, la chambre de recours peut ordonner que le jury d'examen procède à nouveau à l'examen dans les meilleurs délais

Installation, composition et fonctionnement de la chambre de recours

Art. 45. § 1^{er} - Il est institué une chambre de recours pour chacune des langues mentionnées à l'article 27, alinéa 1^{er}.

§ 2 - Chacune des chambres se compose :

1° d'un président et d'un président suppléant;

2° de deux autres membres et de deux membres suppléants;

3° d'un secrétaire et d'un secrétaire suppléant.

Le Gouvernement désigne le président et le président suppléant parmi les agents de niveau 1 du Ministère de la Communauté germanophone ou les inspecteurs-conseillers en activité de service ou retraités.

Le Gouvernement désigne les deux autres membres et leurs suppléants parmi les membres du personnel directeur et enseignant de l'enseignement secondaire et supérieur et de la formation scolaire continuée en activité de service ou retraités.

Le Gouvernement désigne le secrétaire et le secrétaire suppléant parmi les membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone.

Le Gouvernement peut déterminer des incompatibilités.

§ 3 - En cas d'absence, le président est remplacé par son suppléant.

En cas d'absence du secrétaire, celui-ci est remplacé par le secrétaire suppléant ou par un autre membre.

§ 4 - Ont voix délibérative tous les membres à l'exception du secrétaire ou son suppléant le cas échéant.

§ 5 - Tous les mandats ont une durée de quatre ans et peuvent être renouvelés.

§ 6 - Les frais de fonctionnement de la chambre de recours sont à charge du budget de la Communauté germanophone.

Aux conditions fixées par le Gouvernement, il est accordé aux membres de la chambre de recours une indemnité kilométrique ainsi que des jetons de présence.

§ 7 - Le Gouvernement établit les règles de fonctionnement de la chambre de recours.

§ 8 - La chambre de recours peut délibérer valablement lorsqu'au moins la moitié des membres ayant voix délibérative sont présents.

La chambre de recours siège à huis clos.

La chambre de recours examine le recours. Le cas échéant, il y a vote. La décision est prise à la majorité des voix, le président ne prenant pas part au vote.

Les abstentions ne sont pas autorisées.

Par dérogation au troisième alinéa, c'est le président qui prend la décision en cas de parité des voix.

§ 9 - Le résultat de la délibération est consigné par écrit et notifié par recommandé au réclamant.

TITRE VIII. — Projet d'établissement et évaluation

Projet d'établissement

Art. 46. Dans le projet d'établissement, tel que défini par le décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires chaque école présente de façon détaillée son concept visant à améliorer les compétences linguistiques et la transmission des connaissances linguistiques.

Evaluation interne

Art. 47. Dans le cadre de l'évaluation interne, telle que définie par le décret susvisé, l'école examine annuellement si et/ou dans quelle mesure elle a concrétisé son concept visant à améliorer les compétences linguistiques et la transmission des connaissances linguistiques. C'est sur cette base qu'elle détermine les objectifs et les mesures pour l'année scolaire suivante.

Cette évaluation a lieu chaque année et est consignée par écrit.

Evaluation externe

Art. 48. Dans le cadre de l'évaluation externe, telle que définie par le décret susvisé, il est examiné dans quelle mesure les écoles tiennent compte des dispositions du présent décret, quels efforts elles ont entrepris pour recruter du personnel possédant les connaissances linguistiques requises et/ou pour offrir à leur personnel une formation continuée ad hoc. Les concepts et méthodes qu'elles ont développés en leur sein en vue d'améliorer les compétences linguistiques et d'optimiser la transmission des connaissances linguistiques sont également examinés. Des propositions y relatives, allant dans le sens du développement scolaire sont soumises aux pouvoirs organisateurs et aux écoles par le Gouvernement ou par le groupe de travail chargé de l'évaluation.

TITRE IX. — Sanctions

Remboursement des subventions de fonctionnement

Art. 49. Le non respect des dispositions du présent décret et de ses arrêtés d'exécution a pour conséquence que le pouvoir organisateur d'une école ou d'un centre psycho-médico-social doit rembourser des subventions de fonctionnement déjà liquidées.

Le remboursement ne peut dépasser 20 % des subventions de fonctionnement que l'école, le centre d'enseignement à horaire réduit, l'internat ou le centre psycho-médico-social où a été constatée l'infraction a reçues pour l'année scolaire précédente.

Le Gouvernement détermine les autres modalités relatives à la constatation des infractions et à l'application de la sanction. Cette procédure prévoit suffisamment de possibilités de recours.

TITRE X. — Dispositions abrogatoires, modificatives et transitoires

Dispositions abrogatoires

Art. 50. Sont abrogés :

- 1° la loi du 30 juillet 1963 concernant le régime linguistique dans l'enseignement;
- 2° l'arrêté royal du 30 novembre 1966 fixant le statut de l'inspection linguistique en matière d'enseignement;
- 3° l'arrêté royal du 30 novembre 1966 déterminant le fonctionnement de l'inspection linguistique en matière d'enseignement;
- 4° l'arrêté royal du 25 novembre 1970 relatif à l'organisation des examens linguistiques;
- 5° l'arrêté ministériel du 31 août 1972 relatif à l'organisation des examens linguistiques portant sur la connaissance de la langue allemande.

Disposition modificative

Art. 51. À l'article 33, § 1^{er}, alinéa 1, modifié par le décret du 23 octobre 2000, et à l'article 34, § 1^{er}, alinéa 2, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, le passage « Sans préjudice de l'article 6 de la loi du 30 juillet 1963 concernant le régime linguistique dans l'enseignement, » est remplacé par « Sans préjudice de l'article 3 du décret du 19 avrom 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement ».

Disposition transitoire en faveur du personnel

Art. 52. En matière de nomination définitive, la loi du 30 juillet 1963 concernant le régime linguistique dans l'enseignement s'applique, en ce qui concerne les connaissances linguistiques requises, aux membres du personnel de l'enseignement communautaire qui ont été admis au stage avant l'entrée en vigueur du présent décret.

Les membres du personnel qui, avant la fin de l'année scolaire 2006-2007, ont apporté la preuve des connaissances linguistiques requises en vertu de la loi du 30 juillet 1963 concernant le régime linguistique dans l'enseignement peuvent être admis au stage ou nommés ou engagés à titre définitif.

La loi du 30 juillet 1963 concernant le régime linguistique dans l'enseignement s'applique, en ce qui concerne l'exercice de la fonction, aux membres du personnel qui ont été admis au stage ou nommés ou engagés à titre définitif avant l'entrée en vigueur du présent décret.

TITRE XI. — Entrée en vigueur

Entrée en vigueur

Art. 53. Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2004, à l'exception de l'article 6, § 3, dont les alinéas 5 et 7 entrent en vigueur progressivement comme suit :

- 1° pour la première année d'études au 1^{er} septembre 2004;
- 2° pour la deuxième année d'études au 1^{er} septembre 2005;
- 3° pour la troisième année d'études au 1^{er} septembre 2006;
- 4° pour la quatrième année d'études au 1^{er} septembre 2007;
- 5° pour la cinquième année d'études au 1^{er} septembre 2008;
- 6° pour la sixième année d'études au 1^{er} septembre 2009;
- 7° pour la septième année d'études au 1^{er} septembre 2010.

Adopté par le conseil de la communauté germanophone

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au Moniteur Belge.

Donné à Eupen le 19 avril 2004.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone, Ministre de l'Emploi,
de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports

B. GENTGES

Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme

H. NIESSEN,

Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales

 Note

(1) *Session 2003-2004*

Documents du Conseil : 146 (2003-2004) n° 1 Projet de décret

146 (2003-2004) n°s 2-11 Propositions d'amendement

146 (2003-2004) n° 12 Rapport

146 (2003-2004) n°s 13-15 Propositions d'amendements relatives au texte adopté par la commission

Rapport intégral : Discussion et vote. - Séance du 19 avril 2004.

 VERTALING
MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2004 — 4349

[C - 2004/33080]

19 APRIL 2004. — Decreet betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en wij, de Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

TITEL I. — Algemene bepalingen en toepassingsgebied

Toepassingsgebied

Artikel 1. Voorliggend decreet is van toepassing op de scholen, centra voor onderwijs met beperkt leerplan en internaten van het gewoon en buitengewoon onderwijs alsmede op de psycho-medisch-sociale centra die door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd, gesubsidieerd of erkend worden.

Hoedanigheden, woonplaats en gewone verblijfplaats

Art. 2. In voorliggend decreet gelden de hoedanigheden voor beide geslachten.

De leerling doet zijn woonplaats of zijn gewone verblijfplaats in een gemeente, zoals bedoeld in voorliggend decreet, gelden door te bewijzen dat hij ingeschreven is in de vreemdelingenregister, in de wachtregister of in de bevolkingsregister van de betrokken gemeente.

TITEL II. — Oprichting van basisschoolafdelingen waar het Duits niet de onderwijstaal is

Oprichting van basisschoolafdelingen waar het Duits niet de onderwijstaal is

Art. 3. § 1 - In afwijking van artikel 4, § 1, is elke gemeente verplicht tot de oprichting van afdelingen voor kleuter- of lager onderwijs die aangesloten zijn bij een basisschool en waar het Frans of het Nederlands de onderwijstaal is, indien volgende voorwaarden vervuld zijn :

1° de personen belast met de opvoeding van ten minste 15 leerlingen van het kleuteronderwijs of van ten minste 30 leerlingen van het lager onderwijs dienen een dienovereenkomstig verzoek in waarin zij op eer en geweten verklaren dat het Frans of het Nederlands hun moedertaal is;

2° de leerlingen hebben hun woonplaats of hun gewone verblijfplaats in de betrokken gemeente en vinden in het Duitse taalgebied, in een afstand van vier kilometers, geen onderwijs dat in hun taal verstrekt wordt.

§ 2 - Andere inrichtende machten mogen onder de in § 1 vastgelegde voorwaarden een afdeling voor kleuter- of lager onderwijs oprichten.

§ 3 - Artikel 24 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs is van toepassing op de lagere scholen of afdelingen lager onderwijs bedoeld in de §§ 1 en 2.

TITEL III. — Onderwijstaal en vreemde talen

Bepaling van de onderwijstaal

Art. 4. § 1 - Het Duits is de onderwijstaal. Onder de in § 2 vermelde voorwaarden mogen activiteiten en cursussen in een andere taal gevoerd resp. verstrekt worden.

§ 2 - In het kleuteronderwijs worden met toepassing van § 1 activiteiten in de eerste vreemde taal gevoerd binnen de perken bepaald in artikel 6, § 1.

In het gewoon lager onderwijs mogen met toepassing van § 1 andere activiteiten dan de cursus « eerste vreemde taal » in deze taal gevoerd worden in de vakken « psychomotorische activiteiten », « lichamelijke opvoeding », « kunststopvoeding » en « handenarbeid ».

In het gewoon secundair onderwijs mogen met toepassing van § 1 andere cursussen dan de cursus « Frans » in deze taal verstrekt worden binnen de perken bepaald in artikel 6, § 3, lid 5. De cursussen « moderne talen » worden ervan uitgesloten.

De mogelijkheid waarin de leden 1 tot 3 voorzien, t.w. de mogelijkheid om cursussen in de eerste vreemde taal te verstrekken, kan niet ertoe leiden dat personeelsleden wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking worden gesteld.

Bepaling van de vreemde talen

Art. 5. § 1 - In het basisonderwijs is het Frans de eerste en enige vreemde taal.

In afwijking van lid 1 is het Duits de eerste vreemde taal in de Franstalige of Nederlandstalige basisscholen of basisschoolafdelingen.

In de kleuterafdelingen worden de activiteiten in een vreemde taal uitsluitend in de eerste vreemde taal gevoerd.

§ 2 - In het secundair onderwijs is het Frans de eerste vreemde taal. Naargelang de onderwijsvorm en de graad mogen in het gewoon secundair onderwijs andere vreemde talen onderricht worden, bepaald door de inrichtende macht in het kader van het leerplan.

§ 3 - In het hoger onderwijs is het Frans de eerste vreemde taal. Naargelang het type van onderwijs mogen andere vreemde talen onderricht worden, bepaald door de inrichtende macht in het kader van het leerplan.

§ 4 - In de voortgezette schoolopleiding mogen verschillende taalcurssussen verstrekt worden, bepaald door de inrichtende macht in het kader van het leerplan.

Omvang van de cursussen

Art. 6. § 1 - In het kleuteronderwijs bepaalt de inrichtende macht, binnen het activiteitenprogramma, de tijdomvang voor de activiteiten die in een vreemde taal gevoerd worden; deze tijdomvang zal ten minste 50 en ten hoogste 200 minuten per week vertegenwoordigen, en de activiteiten zullen elke dag gevoerd worden.

In afwijking van het eerste lid zijn de inrichtende machten van de buitengewone scholen er niet toe verplicht, in buitengewone en gerechtvaardigde gevallen van pedagogische orde, activiteiten in vreemde talen te laten voeren.

§ 2 - In het lager onderwijs belooft het onderricht van de onderwijstaal ten minste 5 lestijden per week.

In afwijking van het eerste lid mogen de inrichtende machten van de buitengewone scholen minder lestijden laten verstrekken.

De cursus « eerste vreemde taal » belooft per week twee tot drie lestijden in de eerste graad, drie tot vier in de tweede graad en vijf in de derde graad.

In afwijking van het derde lid zijn de inrichtende machten van de buitengewone scholen er niet toe verplicht, de cursus « eerste vreemde taal » te laten verstrekken. Wordt zo'n cursus georganiseerd, dan mogen ze afwijken van het in het derde lid bepaald aantal lestijden, waarbij de respectievelijke maxima niet mogen worden overschreden.

§ 3 - In het secundair onderwijs bepaalt de inrichtende macht in het kader van het leerplan het aantal lestijden voor de cursus « Duits » met inachtneming van de volgende minima :

1° algemeen onderwijs : 4 lestijden per week;

2° technisch en beroepsonderwijs : 3 lestijden per week.

In afwijking van het eerste lid mogen de inrichtende machten van de buitengewone scholen minder lestijden laten verstrekken.

In het kader van het leerplan bepaalt de inrichtende macht het aantal lestijden voor de vreemde talen, met inachtneming van de volgende minima, wat het Frans betreft :

1° algemeen onderwijs : 4 lestijden per week;

2° technisch en beroepsonderwijs : 2 lestijden per week.

In afwijking van het derde lid zijn de inrichtende machten van de buitengewone scholen er niet toe verplicht, de cursus « eerste vreemde taal » te laten verstrekken. Wordt zo'n cursus georganiseerd, dan mogen ze afwijken van het in het derde lid bepaald aantal lestijden, waarbij de respectievelijke maxima niet mogen worden overschreden.

In het gewoon secundair onderwijs mag ten hoogste 50 % van de vakcursussen in het Frans verstrekt worden. Een uitzondering geldt voor de eerste graad van het secundair onderwijs waar het percentage tot 65 % mag worden gebracht op voorwaarde dat, in de betrokken scholen, het onderricht in deze graad zodanig wordt georganiseerd dat een leerling tussen dit onderricht en een onderricht mag kiezen waar het aandeel van de vakcursussen verstrekt in het Frans 50 % niet overschrijdt.

Onder « vakcursussen » in de zin van voorliggend decreet verstaat men alle vakken met uitzondering van de moderne talen.

In het kader van het leerplan bepaalt de inrichtende macht het aantal lestijden en de vakken die in het Frans verstrekt worden. De cursus « godsdienst » mag in het Frans verstrekt worden met de toestemming van de voor de betrokken eredienst bevoegde overheid.

§ 4 - Wat de « lestijden » bedoeld in de §§ 2 en 3 betreft, moet de definitie worden verstaan die vastgelegd is in artikel 4, 25°, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs.

TITEL IV. — Toelating van de leerlingen in de gewone en buitengewone basisscholen

Gewoon en buitengewoon basisonderwijs - Leerlingen afkomstig uit de Duitstalige Gemeenschap

Art. 7. Behoudens de inschrijvingsvoorwaarden vastgelegd in andere toepasselijke regelingen zijn de personen belast met de opvoeding van de kinderen die hun woonplaats of hun gewone verblijfplaats in de Duitstalige Gemeenschap hebben, ertoe gemachtigd deze kinderen in een Duitstalige, Franstalige of Nederlandstalige basisschool of basisschoolafdeling in te schrijven.

Gewoon en buitengewoon basisonderwijs - Leerlingen die niet uit de Duitstalige Gemeenschap afkomstig zijn

Art. 8. § 1 - Behoudens de inschrijvingsvoorwaarden vastgelegd in andere toepasselijke regelingen zijn de personen belast met de opvoeding van de kinderen die hun woonplaats of hun gewone verblijfplaats niet in de Duitstalige Gemeenschap hebben, ertoe gemachtigd deze kinderen in een Duitstalige basisschool of basisschoolafdeling in te schrijven.

§ 2 - Behoudens de inschrijvingsvoorwaarden vastgelegd in andere toepasselijke regelingen, zijn de personen belast met de opvoeding van de kinderen die hun woonplaats of hun gewone verblijfplaats niet in de Duitstalige Gemeenschap hebben, ertoe gemachtigd deze kinderen in een Franstalige of Nederlandstalige basisschool of basisschoolafdeling in te schrijven, voorzover de kinderen de volgende voorwaarden vervullen :

1° het kind heeft, in de loop van het voorafgaande schooljaar, een Franstalige of Nederlandstalige basisschool bezocht; dit geldt niet voor de leerlingen die in het eerste studiejaar van het kleuter- of lager onderwijs ingeschreven worden;

2° één der volgende gevallen doet zich voor :

a) de school of afdeling waarin hij wenst zich in te schrijven is de dichtsbijgelegen waar een onderwijs verstrekt in deze taal georganiseerd of gesubsidieerd wordt;

b) ten minste één der personen belast met de opvoeding van het kind heeft een vaste betrekking in de Duitstalige Gemeenschap;

c) ten minste één broer of zus bezoekt al de betrokken basisschool op het moment van de inschrijving.

In bijzonder gerechtvaardigde gevallen en in afwijking van het eerste lid kan de Regering een leerling die de voorwaarden niet vervult ertoe machtigen een Franstalige of Nederlandstalige basisschool of basisschoolafdeling te bezoeken.

TITEL V. — Uitreiking van studiegetuigschriften

Studiegetuigschriften

Art. 9. Met uitzondering van het bewijs van basisonderwijs, dat in de onderwijstaal opgesteld wordt, worden alle studiegetuigschriften in het Duits opgesteld.

TITEL VI. — Taalvereisten opgelegd aan het personeel

Ondertitel I. — Selectie- en bevorderingsambten

Voorwaarde

Art. 10. Alle selectie- en bevorderingsambten worden bekleed door personeelsleden die een grondige kennis van het Duits en van het Frans hebben.

Ondertitel II. — Wervingsambten voor het bestuurs- en onderwijzend personeel

HOOFDSTUK 1. — Gewoon en buitengewoon basisonderwijs

Onderwijstaal

Art. 11. Met uitzondering van de cursus « eerste vreemde taal » worden de cursussen verstrekt door leerkrachten die een grondige kennis van de onderwijstaal hebben.

Eerste vreemde taal

Art. 12. In het kleuteronderwijs worden de activiteiten gevoerd in een vreemde taal door kleuteronderwijzers verstrekt die een voldoende kennis van die taal en van de onderwijstaal hebben.

In het lager onderwijs worden de cursussen « eerste vreemde taal » door leerkrachten verstrekt die een grondige kennis van die taal en een voldoende kennis van de onderwijstaal hebben.

Worden in het gewoon lager onderwijs psychomotorische, sport-, kunst- of handactiviteiten in de eerste vreemde taal gevoerd, dan zullen de leerkrachten een grondige kennis van die taal en van de onderwijstaal hebben.

HOOFDSTUK 2. — *Gewoon en buitengewoon secundair onderwijs*

Cursus « Duits »

Art. 13. De cursus « Duits » wordt door leerkrachten verstrekt die een grondige kennis van het Duits hebben.

Cursus « Frans »

Art. 14. De cursus « Frans » wordt door leerkrachten verstrekt die een grondige kennis van het Frans en een voldoende kennis van het Duits hebben.

Andere moderne talen

Art. 15. Het onderricht in andere moderne talen dan degene bedoeld in de artikelen 13 en 14 wordt door leerkrachten verstrekt die een voldoende kennis van het Duits hebben.

Vakcursussen in het Duits

Art. 16. De vakcursussen in het Duits worden door leerkrachten verstrekt die een grondige kennis van het Duits hebben.

Vakcursussen in het Frans

Art. 17. De vakcursussen in het Frans worden door leerkrachten verstrekt die een grondige kennis van het Frans en van het Duits hebben.

HOOFDSTUK 3. — *Hoger onderwijs*

Cursus « Duits »

Art. 18. De cursus « Duits » wordt door leerkrachten verstrekt die een grondige kennis van het Duits hebben.

Cursus « Frans »

Art. 19. De cursus « Frans » wordt door leerkrachten verstrekt die een grondige kennis van het Frans hebben.

Vakcursussen

Art. 20. De vakcursussen worden door leerkrachten verstrekt die een grondige kennis van het Duits hebben.

HOOFDSTUK 4. — *Voortgezette schoolopleiding*

Taalcursussen

Art. 21. De cursussen worden door leerkrachten verstrekt die een voldoende kennis van het Duits hebben.

In afwijking van het eerste lid wordt de cursus « Duits » door leerkrachten verstrekt die een grondige kennis van het Duits hebben.

Andere cursussen dan taalcursussen

Art. 22. Deze cursussen worden door leerkrachten verstrekt die een grondige kennis van het Duits hebben.

Ondertitel III. — *Wervingsambten voor het administratief, opvoedend en paramedisch personeel*

Voorwaarde

Art. 23. Het personeel heeft een grondige kennis van het Duits.

In een Franstalige of Nederlandstalige basisschool of basisschoolafdeling zal de inrichtende macht ervoor zorgen dat de leerlingen in de betrokken taal begeleid worden.

Ondertitel IV. — *Wervingsambten voor het technisch personeel van de psycho-medisch-sociale centra*

Voorwaarde

Art. 24. Het personeel heeft een grondige kennis van het Duits.

Begeleidt het psycho-medisch-sociaal centrum een Franstalige of Nederlandstalige basisschool of basisschoolafdeling, dan zal de inrichtende macht van het centrum ervoor zorgen dat de leerlingen in de betrokken taal begeleid worden.

Ondertitel V. — *Gebrek aan personeel met de vereiste taalkennis*

Afwijkingen

Art. 25. § 1 - Indien het bewezen wordt dat een inrichtende macht moeilijkheden heeft om personen aan te werven die de bij voorliggend decreet vastgelegde voorwaarden vervullen, kan de Regering haar toelaten personen aan te werven die ze niet vervullen.

§ 2 - Om de in § 1 vermelde afwijking te kunnen genieten, laat de inrichtende macht in de geschreven pers een werkaanbieding verschijnen, deelt de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap schriftelijk mede dat in een betrekking moet worden voorzien en verwittigt het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap ervan dat geen personeelslid dat alle voorwaarden vervult om tijdelijk aangewezen of aangesteld te worden, zijn kandidatuur heeft ingediend om deze betrekking als hoofdamt te bekleden.

§ 3 - Een afwijking wordt voor elk betrokken personeelslid persoonlijk toegestaan, geldt ten hoogste voor één schooljaar en is hernieuwbaar.

Ondertitel VI. — *Bewijs van de taalkennis*

Taalkennis

Art. 26. § 1 - De grondige kennis van een taal wordt bewezen door :

1° het getuigschrift van hoger secundair onderwijs met volledig leerplan, een getuigschrift van hoger onderwijs van het korte of lange type met volledig leerplan of een universitair diploma behaald in deze taal;

2° één van de onder 1° bedoelde bekwaamheidsbewijzen, behaald in deze taal vóór een buitenschoolse jury;

3° een bekwaamheidsbewijs gelijkgesteld met één der in 1° en 2° bedoelde bekwaamheidsbewijzen of een erkend bekwaamheidsbewijs, behaald in deze taal;

4° het diploma uitgereikt door de examencommissie bedoeld in titel VII en waaruit blijkt dat het personeelslid een grondige kennis van deze taal heeft.

§ 2 - De voldoende kennis van een taal wordt bewezen door de diploma's, getuigschriften en andere bekwaamheidsbewijzen opgesomd in § 1 alsmede door :

1° het getuigschrift van lager secundair onderwijs met volledig leerplan behaald in deze taal;

2° het getuigschrift van hoger onderwijs van het korte type met volledig leerplan behaald in de afdeling « moderne talen » of « secretariaat-talen », het diploma van geaggregeerde voor het lager secundair onderwijs behaald in de afdeling « moderne talen », het diploma van licentiaat in Germaanse of Romaanse talen of het diploma van licentiaat vertaler/tolk, indien de opleiding deze taal betreft;

3° één van de onder 1° en 2° bedoelde getuigschriften, behaald in deze taal vóór een buitenschoolse jury;

4° een bekwaamheidsbewijs gelijkgesteld met één der in 1° à 3° bedoelde bekwaamheidsbewijzen of een erkend bekwaamheidsbewijs, behaald in deze taal;

5° het diploma uitgereikt door de examencommissie bedoeld in titel VII en waaruit blijkt dat het personeelslid een voldoende kennis van deze taal heeft.

TITEL VII. — Jury's voor taalexamens

Ondertitel I. — Doel, samenstelling en werking

Doel en oprichting

Art. 27. Buitenschoolse jury's worden opgericht die met toepassing van voorliggend decreet onderzoeken of de personeelsleden een grondige of voldoende kennis van het Duits, het Frans of het Nederlands hebben.

Er wordt één jury voor elke in het eerste lid vermelde taal opgericht.

Samenstelling

Art. 28. § 1 - Elke jury is samengesteld uit :

1° één voorzitter en één plaatsvervangende voorzitter;

2° vier examinatoren en vier plaatsvervangende examinatoren;

3° één secretaris en één plaatsvervangende secretaris.

De Regering wijst de voorzitter en de plaatsvervangende voorzitter aan onder de beampten van niveau 1 van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap of de adviserende inspecteurs die in dienstactiviteit of op rust zijn.

De Regering wijst de examinatoren en plaatsvervangende examinatoren aan onder de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel van het secundair en hoger onderwijs en van de voortgezette schoolopleiding die in dienstactiviteit of op rust zijn.

De Regering wijst de secretaris en de plaatsvervangende secretaris aan onder de personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

De Regering kan onverenigbaarheden vastleggen.

§ 2 - De voorzitter zorgt voor het goede verloop van de examens en leidt de beraadslagingen. Bij afwezigheid wordt de voorzitter door zijn plaatsvervanger of de oudste van de aanwezige examinatoren vervangen.

Bij afwezigheid van een examinator wordt hij door een plaatsvervangende examinator vervangen.

Bij afwezigheid van de secretaris wordt deze door één van de plaatsvervangende secretarissen of door een examinator vervangen.

Stemrecht

Art. 29. Zijn stemgerechtigd de voorzitter of zijn plaatsvervanger en de examinatoren of plaatsvervangende examinatoren.

Duur van het mandaat

Art. 30. Alle mandaten duren vier jaar en zijn hernieuwbaar.

Vergoeding

Art. 31. De werkingskosten van de jury's vallen ten laste van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap.

Onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden worden een kilometervergoeding en een presentiegeld aan de juryleden toegekend.

Werking

Art. 32. De Regering bepaalt de werkingsregels van de jury's.

Ondertitel II. — Inschrijving en toelating tot het examen

Toelatingsvoorwaarde

Art. 33. De personen die ten minste 18 jaar oud zijn mogen het examen vóór de in artikel 26 bedoelde jury's afleggen.

Inschrijvingsprocedure

Art. 34. De Regering legt de inschrijvingsprocedure vast en bepaalt de documenten die bij het inschrijvingsformulier moeten worden gevoegd.

Inschrijvingsgeld

Art. 35. Er wordt geen inschrijvingsgeld vereist.

Ondertitel III. — Organisatie en inhoud van het examen

Examenzittijden

Art. 36. Er is één examenzittijd per jaar waarvan de Regering het moment bepaalt.

Grondige kennis van een taal - vaardigheden en inhoud van het examen

Art. 37. § 1 - Het examen over de grondige kennis van een taal omvat een schriftelijk en een mondeling examengedeelte.

§ 2 - Het schriftelijk examengedeelte omvat een verhandeling van ten hoogste twee bladzijden over een huidig pedagogisch thema en vindt met gesloten deuren plaats.

De kandidaten leggen het examengedeelte tegelijk af. In gerechtvaardigde uitzonderingsgevallen kan de voorzitter van deze regel afwijken.

Het mondeling examengedeelte omvat een onderhoud over een actueel pedagogisch thema en is openbaar. Op verzoek van de kandidaat kan dit examengedeelte met gesloten deuren plaatsvinden.

§ 3 - Het examen wordt als geslaagd beschouwd als de kandidaat op voldoende wijze volgende vaardigheden beheerst :

1° hij hanteert een pertinente eenduidige woordenschat alsmede een aangepaste stijl (zowel schriftelijk als mondelings) :

2° hij gebruikt op correcte wijze de taalhulpmiddelen (zowel schriftelijk als mondelings);

3° hij is in staat om een tekst weer te geven;

4° hij kan complexe teksten analyseren, uitleggen en voorstellen;

5° hij kan een tekst, de gedachten en informatie ervan samenvatten en coherent weergeven zonder zijn eigen opinie uit te spreken;

6° hij kan zijn eigen gedachtenpunten uitleggen en verdedigen;

7° hij kan argumenten, theses en voorbeelden op verstandbare wijze organiseren en taalkundig met elkaar verbinden.

Voldoende kennis van een taal - vaardigheden en inhoud van het examen

Art. 38. § 1 - Het examen over de voldoende kennis van een taal omvat een schriftelijk en een mondeling examengedeelte.

§ 2 - Het schriftelijk examengedeelte omvat een verhandeling van ten hoogste twee bladzijden over een actueel pedagogisch thema en vindt met gesloten deuren plaats.

De kandidaten leggen het examengedeelte tegelijk af. In gerechtvaardigde uitzonderingsgevallen kan de voorzitter van deze regel afwijken.

Het mondeling examengedeelte omvat een onderhoud over een actueel pedagogisch thema en is openbaar. Op verzoek van de kandidaat kan dit examengedeelte met gesloten deuren plaatsvinden.

§ 3 - Het examen wordt als geslaagd beschouwd als de kandidaat op voldoende wijze volgende vaardigheden beheerst :

1° hij gebruikt correcte formuleringen;

2° hij heeft aandacht voor het spreekdoel, voor zijn gesprekspartner en voor de omstandigheden en past zijn mededelingen dienovereenkomstig aan;

3° hij gebruikt aangepaste hulpmiddelen die duidelijkheid brengen in wat hij uitdrukt;

4° hij is in staat de « hoge taal » zodanig te spreken dat een gesprekspartner hem zonder moeilijkheden kan verstaan;

5° hij drukt zijn mededeling zodanig uit dat deze ook duidelijk en ondubbelzinnig wordt verstaan, wat de betrekkingen inzake tijd, ruimte, causaliteit, gevolgen en manier betreft.

Fraude en ordestoring bij de examenprocedure

Art. 39. In geval van fraude bij de inschrijving wordt de kandidaat onmiddellijk van de deelname aan de betrokken zittijd uitgesloten. Het examen wordt als niet geslaagd beschouwd.

In geval van ernstige storing bij de examenprocedure alsmede in geval van fraude tijdens het examen wordt de kandidaat onmiddellijk van de deelname aan de betrokken zittijd uitgesloten. Het examen wordt als niet geslaagd beschouwd.

Het examenprogramma en het examenreglement worden elke geïnteresseerde gezonden die erom verzoekt. Zij worden alle kandidaten bij de inschrijving overhandigd.

Ondertitel IV. — Beraadslaging, vrijstelling van examen en bekendmaking van de resultaten

Beraadslaging

Art. 40. § 1 - De jury kan rechtsgeldig beraadslagen als ten minste de helft van de stemgerechtigde leden aanwezig zijn.

§ 2 - Alle beraadslagingen in het kader van de evaluatie van het examen gebeuren met gesloten deuren.

§ 3 - De jury evalueert de examengedeelten. In voorkomend geval wordt over het resultaat van de evaluatie gestemd. De beslissing wordt met de meerderheid van de stemmen genomen, waarbij de voorzitter aan de stemming niet deelneemt.

De onthoudingen zijn niet toegelaten.

Bij staking van stemmen neemt de voorzitter de beslissing, in afwijking van het eerste lid.

Vrijstelling van examen

Art. 41. Er wordt geen vrijstelling toegekend.

Proces-verbalen en bekendmaking van de resultaten

Art. 42. Het resultaat van de beraadslaging wordt schriftelijk vastgesteld en in openbare zitting bekendgemaakt.

De kandidaten die voor het examen slagen behalen een diploma waarvan het model door de Regering wordt bepaald.

Ondertitel V. — Beroepsmogelijkheden en inzagerecht in het dossier

Inzagerecht in het dossier

Art. 43. Op hun verzoek mogen de kandidaten onmiddellijk de examendocumenten inzien die hen betreffen. Het verzoek moet binnen de tien dagen na de openbare bekendmaking van de resultaten schriftelijk bij de secretaris ingediend worden.

Beroepsmogelijkheden

Art. 44. § 1 - De kandidaat mag een beroep tegen de beslissing van de jury indienen.

§ 2 - De kandidaat die de beslissing van de jury wenst te betwisten, dient een beroep in binnen de veertien dagen van de openbare bekendmaking van de resultaten. Het beroep moet met redenen omkleed zijn en schriftelijk ingediend worden. De verzoeker mag elk document ter beschikking van de raad van beroep stellen dat ertoe kan bijdragen de zaak beter te begrijpen. De documenten bevatten geen stuk betreffende beslissingen omtrent andere kandidaten.

Het beroep wordt per aangetekende brief bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap ingediend dat de raad van beroep onmiddellijk bijeenroept. Het Ministerie betekent een afschrift van het beroep aan de voorzitter van de jury. De voorzitter heeft het recht de raad van beroep een met redenen omkleed advies of documenten te laten toekomen die ertoe kunnen bijdragen de zaak beter te begrijpen.

De raad van beroep kan de jury erom verzoeken hem alle nuttige documenten te zenden. Hij kan personen horen en deskundigen raadplegen. De voorzitter van de jury heeft het recht gehoord te worden.

De raad van beroep onderzoekt de beslissing van de jury. Hij bekrachtigt de beslissing of neemt een nieuwe beslissing. Tegen de beslissing van de raad van beroep kan geen beroep ingediend worden.

Bij ernstig vormgebrek kan de raad van beroep bevelen dat de jury binnen de kortst mogelijke termijn het examen opnieuw afneemt.

Oprichting, samenstelling en werking van de raad van beroep

Art. 45. § 1 - Voor elke in 27, eerste lid, vermelde taal wordt er één raad van beroep opgericht.

§ 2 - Elke raad van beroep is samengesteld uit :

1° één voorzitter en een plaatsvervangende voorzitter;

2° twee leden en twee plaatsvervangende examiners;

3° één secretaris en één plaatsvervangende secretaris.

De Regering wijst de voorzitter en de plaatsvervangende voorzitter aan onder de beambten van niveau 1 van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap of de adviserende inspecteurs die in dienstactiviteit of op rust zijn.

De Regering wijst de twee andere leden en hun plaatsvervangers aan onder de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel van het secundair en hoger onderwijs en van de voortgezette schoolopleiding die in dienstactiviteit of op rust zijn.

De Regering wijst de secretaris en de plaatsvervangende secretaris aan onder de personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

De Regering kan onverenigbaarheden vastleggen.

§ 3 - Bij afwezigheid wordt de voorzitter door zijn plaatsvervanger vervangen.

Bij afwezigheid van een secretaris wordt deze door de plaatsvervangende secretaris of door een ander lid vervangen.

§ 4 - Alle leden behalve de secretaris resp. zijn plaatsvervanger zijn stemgerechtigd.

§ 5 - Alle mandaten duren vier jaar en zijn hernieuwbaar.

§ 6 - De werkingskosten van de raad van beroep vallen ten laste van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap.

Onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden worden een kilometervergoeding en een presentiegeld aan de leden van de raad van beroep toegekend.

§ 7 - De Regering bepaalt de werkingsregels van de raad van beroep.

§ 8 - De raad van beroep kan rechtsgeldig beraadslagen als ten minste de helft van de stemgerechtigde leden aanwezig zijn.

De raad van beroep zetelt met gesloten deuren.

De raad van beroep onderzoekt het beroep. Desgevallend vindt een stemming plaats. De beslissing wordt met de meerderheid der stemmen genomen; de voorzitter neemt niet deel aan de stemming.

De onthoudingen zijn niet toegelaten.

Bij staking van stemmen neemt de voorzitter de beslissing, in afwijking van het derde lid.

§ 9 - Het resultaat van de beraadslaging wordt schriftelijk vastgesteld en aan de eiser per aangetekende brief betekend.

TITEL VIII. — Schoolproject en evaluatie

Schoolproject

Art. 46. In het schoolproject, zoals gedefinieerd in het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs, stelt elke school haar concept nauwelijks voor met het oog op de verbetering van taalvaardigheden en taaloverdracht.

Interne evaluatie

Art. 47. In het kader van de interne evaluatie, zoals gedefinieerd in het bovenvermeld decreet, onderzoekt de school jaarlijks of zij haar concept met het oog op de verbetering van taalvaardigheden en taaloverdracht al dan niet heeft verwezenlijkt en zo ja in welke mate. Op deze basis bepaalt ze de doeleinden en de maatregelen voor het volgende jaar.

Deze evaluatie vindt elk jaar plaats en wordt schriftelijk vastgesteld.

Externe evaluatie

Art. 48. In het kader van de externe evaluatie, zoals gedefinieerd in het bovenvermeld decreet, wordt onderzocht in welke mate de scholen rekening houden met de bepalingen van voorliggend decreet, welke inspanningen zij geleverd hebben om personeel aan te werven dat de vereiste taalkundige kennis heeft en/of om hun personeel een ad-hoc voortgezette opleiding aan te bieden. Bovendien worden de concepten en methodes onderzocht die zij intern hebben ontwikkeld om de taalvaardigheden te verbeteren en de taaloverdracht te optimaliseren. De Regering of de werkgroep belast met de evaluatie legt daaromtrent aan de inrichtende machten en de scholen voorstellen voor met het oog op de schoolontwikkeling.

TITEL IX. — Sancties

Terugbetaling van de werkingstoelagen

Art. 49. Bij niet-naleving van de bepalingen van voorliggend decreet en van de uitvoeringsbesluiten ervan moet de inrichtende macht van een school of van een psycho-medisch-sociaal centrum reeds uitbetaalde werkingstoelagen terugbetalen.

De terugbetaling mag 20 % van de werkingstoelagen niet overschrijden die de school, het centrum voor onderwijs met beperkt leerplan, het internaat of het psycho-medisch-sociaal centrum waar de overtreding werd vastgesteld voor het vorige schooljaar heeft gekregen.

De Regering bepaalt de nadere regels betreffende de vaststelling van de overtredingen en de toepassing van de sanctie. Deze procedure bepaalt voldoende beroepsmogelijkheden.

TITEL X. — Opheffings-, wijzigings- en overgangsbepalingen

Opheffingsbepalingen

Art. 50. Worden opgeheven :

- 1° de wet van 30 juli 1963 houdende taalregeling in het onderwijs;
- 2° het koninklijk besluit van 30 november 1966 houdende het statuut van de taalinspectie inzake onderwijs;
- 3° het koninklijk besluit van 30 november 1966 houdende werking van de taalinspectie inzake onderwijs;
- 4° het koninklijk besluit van 25 november 1970 betreffende de organisatie van de taalexamens;
- 5° het ministerieel besluit van 31 augustus 1972 betreffende de organisatie van de taalexamens, handelend over de kennis van de Duitse taal.

Wijzigingsbepaling

Art. 51. In artikel 33, § 1, lid 1, gewijzigd bij het decreet van 23 oktober 2000, en in artikel 34, §1, lid 2, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs wordt de passus « Onverminderd artikel 6 van de wet van 30 juli 1963 houdende taalregeling in het onderwijs » vervangen door « Onverminderd artikel 3 van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs ».

Overgangsbepaling ten gunste van het personeel

Art. 52. Inzake vaste benoeming is de wet van 30 juli 1963 houdende taalregeling in het onderwijs van toepassing op de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs die vóór de inwerkingtreding van voorliggend decreet tot de stage toegelaten werden, wat de vereiste taalkennis betreft.

De personeelsleden die vóór het einde van het schooljaar 2006-2007 het bewijs hebben geleverd van de krachtens de wet van 30 juli 1963 houdende taalregeling in het onderwijs vereiste taalkennis, mogen tot de stage toegelaten of in vast verband benoemd worden.

De wet van 30 juli 1963 houdende taalregeling in het onderwijs is van toepassing op de personeelsleden die vóór de inwerkingtreding van voorliggend decreet tot de stage toegelaten of in vastverband benoemd of definitief aangesteld werden, wat de uitoefening van het ambt betreft.

TITEL XI. — Inwerkingtreding

Inwerkingtreding

Art. 53. Voorliggend decreet treedt in werking op 1 september 2004, met uitzondering van artikel 6, § 3, waarvan de leden 5 en 7 geleidelijk als volgt in werking treden :

- 1° voor het eerste studiejaar op 1 september 2004;
- 2° voor het tweede studiejaar op 1 september 2005;
- 3° voor het derde studiejaar op 1 september 2006;
- 4° voor het vierde studiejaar op 1 september 2007;
- 5° voor het vijfde studiejaar op 1 september 2008;
- 6° voor het zesde studiejaar op 1 september 2009;
- 7° voor het zevende studiejaar op 1 september 2010.

Door de Raad van de Duitstalige Gemeenschap aangenomen

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Gegeven te Eupen, 19 april 2004.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, Minister van Werkgelegenheid,
Gehandicaptenbeleid, Media en Sport

B. GENTGES

Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme

H. NIESSEN

Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

 Nota

(1) *Zitting 2003-2004*

Bescheiden van de Raad : 146 (2003-2004) nr. 1 Ontwerp van decreet
146 (2003-2004) nrs. 2-11 Voorstellen tot wijziging
146 (2003-2004) nr. 12 Verslag
146 (2003-2004) nrs. 13-15 Voorstellen tot wijziging betreffende de tekst aangenomen door de commissie

Integraal verslag : Bespreking en aanneming. - Zitting van 19 april 2004.